

Der Maler

Organ des Verbandes der

Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementspreis 3 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postfachkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Manifest des Internationalen Gewerkschaftsbundes für den 1. Mai 1929.

Die Arbeiter aller Länder!

Seit im Jahre 1889, also vor 40 Jahren, der 1. Mai als Demonstrationstag für Völkerfrieden und Arbeiterschutz bestimmt wurde, hat die internationale Arbeiterschaft ununterbrochen ihre Stimme für Völkerfrieden, Abrüstung und internationales Schiedsgerichtsverfahren, für Arbeiterschutz und gesetzliche Festlegung des Achtstundentages erhoben und den herrschenden Klassen aller Länder diese Forderung in besonders eindringlicher Form zum Bewußtsein gebracht.

Der „Große Krieg“ hat diese Arbeit unterbrochen und der ganzen Welt in kürzester Weise die Schrecken einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen den Völkern eingehämmert.

Trotzdem inzwischen durch den Kelloggspakt der Krieg für außerhalb des Gesetzes stehend erklärt wurde, werden die Rüstungen ununterbrochen fortgesetzt. Wenn nicht die friedensfreundlichen Teile der Völker sich ebenso rührig zeigen wie die Nationalisten und Kriegsbeher, kann eines Tages das gegenseitige Schlachten von neuem beginnen.

Es ist daher vor allem eine Pflicht der Arbeiterschaft, sich allen Versuchen, den militäristischen Geist und die militäristischen Hilfsmittel zu stärken, zu widersetzen. In der neuen Generation, die den Krieg nicht kennengelernt hat, muß die Meinung gegen Krieg und Militarismus aufrechterhalten werden, und die Arbeiterschaft darf keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß sie sich einer neuen Schlächtereier mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln widersetzen wird.

Als vor 10 Jahren die erste Arbeitskonferenz in Washington zusammentrat, schloßen Unternehmer und Regierungen noch einigermaßen an die Versprechungen, die der Arbeiterschaft während des Krieges gemacht wurden. Ein Arbeiterschutzprogramm wurde angenommen, das vor allem dem Verlangen der Arbeiterschaft nach Sicherung des Achtstundentages Rechnung trug. Bald aber man von den gegebenen Versprechungen abgerückt, fast nichts Wesentliches

ist durchgeführt worden; vor allem hat man es abgelehnt, die Hauptforderung der Arbeiter, den Achtstundentag, gesetzlich festzulegen. Soweit Fortschritte gemacht wurden, sind diese durch die geschlossene Macht der Arbeiterschaft durchgeführt worden.

Es gilt, den Regierungen und der Unternehmerschaft zu zeigen, daß die Arbeiterschaft nicht geneigt ist, sich beiseite drücken zu lassen und zu gestatten, daß die Reaktion die Einlösung der eingegangenen Verpflichtungen verhindert.

Der 1. Mai dieses Jahres soll den herrschenden Mächten in erster Linie die Friedensforderungen der Arbeiterschaft sowie die Forderung der gesetzlichen Festlegung des Achtstundentages in Erinnerung bringen. Darum fordern wir die Gewerkschaftsmitglieder in allen Ländern auf, auch in diesem Jahre wieder am 1. Mai machtvoll zu demonstrieren für

- Abrüstung und Schiedsgerichtsverfahren,
- Durchführung eines ausreichenden Arbeiterschutzes,
- Gesetzliche Festlegung des Achtstundentages.

Da der Arbeiterschaft von ihren Gegnern erfahrungsgemäß nur zugestanden wird, was sie sich durch die Macht ihrer Organisation erkämpfen kann, richten wir zugleich die eindringliche Mahnung an die gesamte Arbeitnehmerschaft, ihre Kampforganisation immer weiter zu stärken, um alle Widerstände gegen den Fortschritt der sozialen Entwicklung mit steigendem Erfolg zu überwinden.

- Internationaler Gewerkschaftsbund. Der Vorstand.
- Walter M. Citrine (Großbritannien), Vorsitzender.
 - H. Jacobsen, (Dänemark), Vizevorsitzender.
 - L. Jouhaux (Frankreich), „
 - Th. Leipart (Deutschland), „
 - E. Mertens (Belgien), „
 - A. Tayerle (Tschechoslowakei), „
 - Joh. Sassenbach, Sekretär.

Die sozialen Verhältnisse in Wirklichkeit.

In der Öffentlichkeit spielt immer wieder die Frage die Rolle, ob der Lebensstandard der breiten Massen sich in Vorkriegsstände angepaßt habe oder nicht. Von den Unternehmern und ihren Organen wird die Behauptung aufgestellt, daß der Lebensstandard der Vorkriegszeit nicht erreicht ist, sondern darüber hinausgeht. Von den Gewerkschaftsvertretern wird das Gegenteil zu beweisen versucht. Das Statistische Reichsamt hat bekanntlich Messungen aufgestellt, die den tatsächlichen Stand der Lebenshaltung, der Preisgestaltung unter anderem ausdrücken. Der amtliche Lebenshaltungsindex ist von sehr optimistischem Wert; schon allein darum, weil wichtige Teile der notwendigen Ausgaben nicht berücksichtigt wurden.

Das Statistische Landesamt Hamburg hat in den Jahren 1925 und 1926 eingehende Untersuchungen von Familien, die dem Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenstande angehören, durchgeführt. Diese sind außerordentlich aufschlußreich.

Der Untersuchung zugrunde lagen die Haushaltungen von 146 Arbeitern, 102 Lehrern, 6 Beamten, 24 kaufmännischen Angestellten und 22 sonstigen Angestellten. Der Residualschnitt der Einnahmen sämtlicher Haushaltungen betrug sich auf 4283 M. Das Durchschnittseinkommen bei Arbeitern war um 24,12 %, bei den Beamten um 7 %, bei den kaufmännischen Angestellten um 4,65 % bei sonstigen Angestellten um 7,44 % niedriger als die Einnahmen im Durchschnitt. Das Einkommen der Arbeiter lag um 39,04 % über dem Durchschnitt. Die sorgfältigen Untersuchungen des Statistischen Landesamts in Hamburg bestätigen die Behauptung, daß mit höherem Einkommen der Anteil der Ausgaben für Lebensmittel an den Gesamtausgaben fällt. Es geht aus nachstehender Zusammenstellung deutlich hervor: Es wurde ausgegeben im Durchschnitt einer Haushaltung:

von	für	für sonstige		
Haushaltungen der	Lebensmittel	Lebensbedürfnisse		zusammen
Arbeiter	M.	M.	M.	%
Arbeiter	1409,29	44,91	1728,64	55,09
Lehrer	1707,57	29,46	4088,56	70,54
Beamten	1349,20	35,34	2542,22	64,66
kaufmännischen Angestellten	1400,85	34,31	2682,08	65,69
sonstigen Angestellten	1455,65	37,96	2373,59	62,04
Durchschnitt	1512,75	36,16	2671,21	63,84

Die Ernährungsweise der untersuchten Haushaltungen war gemäß dem Einkommen sehr verschieden. Bei den Arbeitern waren die Ausgaben für billige Nahrungsmittel, wie Fette, Fische, Fleisch, Wurst usw. absolut anteilmäßig höher als bei den andern Berufen. Bei den Ausgaben für Butter und der besseren Nahrungsmittel war das Gegenteil der Fall. So gab ein Arbeiterhaushalt im Jahre 1926 für Fette ohne Butter 108,02 M aus, dagegen die Lehrer 61,49 M. Bei Butter war das Verhältnis gerade umgekehrt. Ein Arbeiterhaushalt gab 79,95 M für Butter und der Lehrershaushalt 184,27 M für das gleiche Nahrungsmittel aus. Die Arbeiter verbrauchten mehr Fleisch- und Wurstwaren als die Lehrer, die Ausgaben waren aber geringer. Der Gegensatz zwischen Gewicht und Ausgaben bei den Lehrern einerseits und den Arbeiter andererseits ist darauf zurückzuführen, daß die letzteren zum größten Teil Gefrierfleisch aßen, während in den Haushaltungen der Lehrer, der Beamten und der kaufmännischen Angestellten zur Hauptsache frisches Fleisch verbraucht wurde. Auch der Fischverbrauch war bei den Arbeitern am höchsten, dagegen die Ausgaben bei ihnen am niedrigsten. So geht es noch bei einer Reihe von Nahrungs- und Genussmitteln. Interessant ist eine Gegenüberstellung über die Ausgaben und den Verbrauch im Jahre 1926 gegenüber 1907. Folgende Unterschiede zeigen sich zwischen Ausgaben und Verbrauch:

im Jahre 1926 gegen 1907	Milch %	Butter %	Stärke %	Fleisch %
Ausgaben mehr	19,90	4,24	92,78	26,64
Verbrauch weniger	19,85	36,34	25,23	6,47

Bei den pflanzlichen Nahrungsmitteln waren die Unterschiede für:

	Brot %	Gemüse %	Obst %	Zucker %	Kaffeenuhr %
Ausgaben mehr	16,16	107,53	115,58	64,57	57,64
Verbrauch weniger	1,09	9,21	3,13	1,32	16,40

Diese Zusammenstellungen zeigen, daß die Ausgaben sich bei allen Produkten teilweise nicht unbeträchtlich vermehrt haben. Dagegen ist der Verbrauch mehr oder weniger zurückgegangen. Die Einbuße an Eiweiß, Fett, Kohlenhydrate und Kalorien durch den Minderverbrauch an hochwertigen Nahrungsmitteln mußte bei den Arbeitern und Angestellten ausgeglichen werden durch den Mehrverbrauch an Fetten, Fischen und Kartoffeln. Es bedarf keiner

längeren Erläuterung, daß sich hierin eine ganz gewaltige Verschlechterung der Lebenslage zeigt.

Sehr aufschlußreich ist eine Zusammenstellung über die Steigerung der Ausgaben für physiologisch notwendige Lebensbedürfnisse, Pflichtausgaben und für sonstige Lebensbedürfnisse. Die prozentuale Steigerung der Ausgaben 1926 gegen 1907 betrug für die

	physiologisch notwendigen Lebensbedürfnisse	Pflichtausgaben	sonstigen Lebensbedürfnisse
bei den Arbeitern	31,86	315,30	94,43
„ „ Angestellten	29,17	242,25	59,72
„ „ Lehrern	25,50	148,38	70,19

Diese Tabelle spricht für sich selbst. Unter Pflichtausgaben sind zu verstehen: Steuern und soziale Abgaben. In Steuern mußte der Arbeiter 1926 gegen 1907 643,94 % mehr ausgeben. Die Steigerung der sozialen Abgaben betrug 241,27 %. Beide zusammen stiegen um 315,30 %. Für sonstige Lebensbedürfnisse mußte der Arbeiter 94,43 % mehr ausgeben als 1907. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, einige Worte zu dem Lebenshaltungsindex des Statistischen Reichsamts zu sagen. Dieser geht bekanntlich einseitig von den Verbraucherverhältnissen einer minderbemittelten Arbeiterfamilie aus. Das Statistische Reichsamt läßt bekanntlich Steuern und soziale Abgaben außer Betracht. Die Hamburger Untersuchung stellt hierfür die Summe von 301,80 M als durchschnittliche Ausgabe bei den Arbeitern im Jahre fest. Für sonstige Lebensbedürfnisse hat das Statistische Landesamt Hamburg 535 M errechnet. Das sind rund 17 % der Gesamtausgaben. Rechnet man die Rubriken sonstige Lebensbedürfnisse und Pflichtausgaben zusammen, so ergeben sich hier 27 % der Gesamtausgaben, die eigentlich unter der Rubrik „Sonstiger Bedarf“ in dem Lebenshaltungsindex des Statistischen Reichsamts verzeichnet sein müßten. Das ist das Dreifache dessen, was in Wirklichkeit eingestellt wird. Eine lehrreiche Illustration, wie unbrauchbar die amtliche Berechnung der Lebenshaltungskosten ist.

Will man die soziale Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung untersuchen, dann kann man nicht von einer willkürlich aufgestellten Messziffer ausgehen. Das tägliche Leben läßt sich damit nicht vergleichen. Die arbeitende Klasse ist immer mehr gezwungen, einen weit größeren Teil des Einkommens für Pflichtausgaben (Steuern, soziale Abgaben, Miete, Heizung usw.)

anzulegen. Je geringer das Einkommen, je höher der prozentuale Anteil für die Pflichtausgaben. Die am geringsten entlohnten Lohn- und Gehaltsempfänger werden durch die enorme Steigerung der Pflichtausgaben am höchsten betroffen. Für Kulturausgaben bleibt wenig Raum. Deshalb befinden sich die Gewerkschaften durchaus im Recht, wenn sie mit allen Mitteln versuchen, die Einkommensverhältnisse für die niedriger entlohnten Hand- und Kopfarbeiter zu verbessern. Mögen aber nun auch unsere Kollegen ohne Zögern die Lehre daraus ziehen, wie nur durch festen, geschlossenen Zusammenhalt diese Besserung erkämpft werden kann.

Darum hinein in unsern Verband!
Kein Verurskollege darf mehr fernbleiben!

Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes und Konjunkturbericht vom Monat März.

Während auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt schon gleich nach dem Aufhören der Frostperiode eine Entspannung eintrat, die sich je nach der Möglichkeit der Wiederaufnahme von Außenarbeiten ruckweise fortsetzte, um dann in eine ruhigere Entwicklung überzugehen, war bisher in der Arbeitsvermittlung für das Malergewerbe nur eine mäßige Belebung zu beobachten. Die Kundschaft scheint zu der Beständigkeit der Witterung wenig Vertrauen aufgebracht zu haben und hat deshalb mit der Vergebung von Privataufträgen zurückgehalten, so daß unser Beruf nur langsam in Gang kommen kann. Bei der Untersuchung der Gründe für das geringe Angebot offener Stellen darf auch die Tatsache nicht unerwähnt bleiben, daß im letzten Winter selbst die alten und best fundierten Betriebe, die normalerweise eine Anzahl Kollegen auch in den Wintermonaten zu beschäftigen pflegten, ganz stillgelegt wurden, und die nun allmählich und verhältnismäßig spät dazu übergegangen sind, diese mit den Eigenarten der Unternehmungen vertrauten Arbeitskräfte zuerst wieder einzustellen. Die sonst um diese Jahreszeit voll einsetzende Frühjahrskonjunktur ist infolge des langen und harten Winters um einen ganzen Monat hinausgeschoben.

Ueber die Arbeitslosigkeit der Verbandsmitglieder am Ende des Monats März berichteten 148 Filialen mit 51 716, davon 22 0 weiblichen Mitgliedern. Von diesen wurden 15 924 männliche und 14 weibliche, zusammen 15 938 oder 30,8 % der Gesamtmitgliedschaft als arbeitslos ermittelt. Das ist zwar gegenüber dem Vormonat ein Rückgang um 17,6 % unserer Mitglieder umgerechnet, aber immer noch eine Arbeitslosigkeit, wie sie weder seit den Feststellungen unseres Verbandes noch jemals vorher zu dieser Jahreszeit beobachtet worden ist. Erfreulicherweise können wir aber aus den unterdeutschen aus einer Anzahl Filialen eingegangenen Be-

richten entnehmen, daß nach Ostern eine wesentliche Besserung eintrat und die Verhältnisse des Vorjahres, wie sie aus nachstehender Zusammenstellung zu ersehen sind, wenn auch nicht voll, so doch annähernd erreicht sind.

Daß sich der Umschwung schon vor dem Ende des vorigen Monats vorbereitete, geht aus den Ergebnissen der zu demselben Zeitpunkt vorgenommenen Erhebung über die Konjunkturverhältnisse im Malergewerbe hervor, an der sich 127 Betriebe aus 40 Filialen beteiligt haben. Danach ist die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer gegenüber dem Vormonat von 2477 auf 3964 oder von 18,8 auf 31,2 pro Betrieb gestiegen. Eine noch erheblichere Verbesserung zeigte sich im Beschäftigungsgrad, der diesmal von 20,5 % der Betriebe (gegen nur 6 % Ende Februar) mit 25,5 % der Beschäftigten (gegen 15,2 %) mit gut, von 59,8 % der Betriebe (gegen 28,8 %) mit 66 % der Beschäftigten (gegen 38,9 %) mit befriedigend und nur noch von 19,7 % der Betriebe (gegen 65,2 %) mit 8,5 % der Beschäftigten (gegen 45,9 %) als schlecht beurteilt wurde. Diesen Feststellungen entsprechend ist denn auch die errechnete Bewertungsziffer um 47 Punkte günstiger geworden. Also auch hier ein Ergebnis, das zwar hinter derselben Zeit des Vorjahres zurückbleibt, gegen den Vormonat aber doch eine wesentliche Besserung aufzeigt und in folgerichtiger Würdigung die Möglichkeit eines weiteren Aufschwungs als absolut aussichtsreich erscheinen läßt.

Am Ende des Monats	Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit						Bewertungsziffer
	gut		befriedigend		schlecht		
	Betriebe	Beschäftigten	Betriebe	Beschäftigten	Betriebe	Beschäftigten	
1928 Januar ...	13,0	18,0	45,0	55,1	42,0	26,9	3,00
Februar ..	30,7	43,6	42,5	41,8	26,8	14,6	2,66
März	49,2	61,4	44,8	36,8	6,0	1,8	2,24
April	58,6	68,5	38,8	30,2	2,6	1,3	2,02
Mai	62,5	73,2	32,0	21,9	5,5	4,0	2,00
Juni	56,8	71,8	36,0	23,3	7,2	4,9	1,88
Juli	45,6	66,0	44,0	26,0	10,4	7,4	2,10
August ...	41,7	59,5	48,5	35,4	9,8	5,1	2,29
September	45,7	59,7	45,7	37,4	8,6	2,9	2,31
Oktober ..	29,5	39,3	54,7	49,4	15,8	11,3	2,66
November	23,8	34,4	45,4	40,2	30,8	16,4	2,78
Dezember ..	13,4	22,9	37,3	48,2	49,3	28,9	3,01
1929 Januar ...	8,8	21,3	31,7	37,9	59,5	40,8	3,18
Februar ..	6,0	15,2	28,8	38,9	65,2	45,9	3,30
März	20,5	25,5	59,8	66,0	19,7	8,5	2,83

Im Laufe des Monats März wurden von 109 Betrieben 1182 Beschäftigte neu eingestellt und von 31 Betrieben 145 Beschäftigte entlassen. Die außerordentlich hohe Zahl von Neueinstellungen bestätigt unsere am Anfang dieser Betrachtungen ausgesprochene Vermutung, daß ein erheblicher Teil der ehemaligen Stammbesetzungen nach längerem Aussehen wieder in denselben Betrieb zurückgekehrt und so unter den Neueinstellungen mitgezählt ist. Andernfalls müßte eine ganz unwahrscheinlich starke Umgruppierung in den Betrieben vor sich gegangen sein. Im übrigen entspricht die Gesamtbeschäftigtenzahl annähernd dem Stande zu derselben Zeit des Vorjahres. Als bedenklich muß von uns auch jetzt wieder die große Zahl von 618 Lehrlingen — im Durchschnitt 5,2 Lehrlinge in jedem Betrieb — angesprochen werden. Das ist ganz bestimmt nicht das Mittel, um unserem auch nach Ansicht der Unternehmer so stark daniederliegenden Gewerbe wieder auf die Beine zu helfen.

Aber etwas anderes verdient gerade jetzt — auch an dieser Stelle wieder einmal erwähnt zu werden. Unsere Kollegen mögen sich einmal vor Augen halten, wie es angesichts der ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit während des vergangenen Winters gegenwärtig auf den Arbeitsstellen

und in den Malereibetrieben aussehen würde, wenn nicht unser Verband die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich festgelegt hätte und ihre Durchführung ständig überwacht. Dennoch gibt es an vielen Orten noch berufsangehörige Arbeitnehmer, die zwar streng darauf bedacht sind, sich durch die Organisation geschaffenen Vorteile zu sichern, selbst aber keinen Finger rühren, wenn es um die Erhaltung und zielbewußte Fortentwicklung des Erreichten geht und selbst das geringe Opfer des wöchentlichen Verbandbeitrages scheuen. Jetzt ist die beste Zeit, diesen Augenweidern die Augen zu öffnen. Ihnen klar zu machen, daß Rechte auch Pflichten in sich bergen, und daß es in erster Linie an den Außenstehenden liegt, wenn die Organisation mit ihren Bestrebungen bisher noch nicht weiter kommen konnte.

Im Verbandsverbande zusammengeschlossen sind wir eine Macht, die dem Unternehmer zu einem Paroli bieten kann. Deshalb mußte der bisher unorganisierte herangeholt werden!

Die Gewerkschaften auf dem richtigen Wege.

Als der bekannte Betriebswirtschaftler Schmalenbach im vorigen Jahre seinen Vortrag über die gebundene Wirtschaft und die fixen Kosten hielt, berührte er ein wundervolles Beispiel am Körper der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die Literatur, die sich seitdem mit diesem Thema beschäftigt, ist mittlerweile zu einem kleinen Berg angewachsen. Weil Schmalenbach den privaten Monopolismus den Spiegel so unerschrocken vorhielt, ist man ihm nicht besonders günstig gesinnt. Aber auch namhafte Wirtschaftswissenschaftler sind ausgezogen, um den bedrohten Verbandskapitalismus mit mehr oder weniger tief durchdachten Abhandlungen beizuspringen. Neuerdings erschien eine Broschüre von dem bekannten Professor Adolf Weber: „Das Ende des Kapitalismus“, die sich ausführlich mit dem Thema „Kartelle, fixe und proportionale Kosten usw.“ beschäftigt. Dabei kommt Weber auch auf die Gewerkschaften und ihre Stellung im heutigen Wirtschaftsleben zu sprechen.

Professor Weber geht von dem Satz aus, den Schmalenbach in seiner Rede in Wien in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen gestellt hatte: „Das Ueberhandnehmen der fixen Kosten ist mit der Existenz der freien Wirtschaft unvereinbar, die Dauer unerträglich, die freie Wirtschaft muß unter der Herrschaft der fixen Kosten einer neuen gebundenen Wirtschaft Platz machen.“ Weber bestreitet, daß die deutsche Wirtschaft so weitgehend verbandsmäßig gebunden ist. Sie ist im wesentlichen, trotz dem Bestehen zahlreicher Kartelle, frei. Dabei mußte der Präsident des Statistischen Reichsamts und des Instituts für Konjunkturforschung, Dr. Wagemann, in der letzten Sitzung des Bundesausschusses des DGB feststellen, daß mehr als 50 % der deutschen Wirtschaft nicht der freien Konkurrenz unterworfen, sondern verbandsmäßig gebunden sei. Weber fordert zu nächstem Denken auf, wenn man das tue, wird man in den Kartellen nichts anderes zu erblicken haben als Organisationen, die eine ruinöse und damit unzweckmäßige Konkurrenz zu einer geregelten Konkurrenz machen. Das ist nicht Verneinung, sondern Bekämpfung der Konkurrenzwirtschaft. Und einige Seiten später fährt Weber an, daß es nicht darauf ankomme, „daß sich die Konkurrenz vor aller Augen in einem wilden Kampf äußert, es genügt, wenn sie hinter den Kulissen bleibt, aber doch ein Regisseur des auf der Bühne sich abspielenden wirtschaftlichen Schauspiels tätig ist“. Das ist eine Auffassung vom Wesen der Kartelle, die man bisher noch nicht gehört hat. Durch die Kartelle soll also die Konkurrenz nicht aufgehoben sein, sondern sie soll auch noch ferner, wenn auch unsichtbar, wirksam bleiben. Obwohl Weber dem bekannten Kartelltheoretiker Professor Liefmann zu Kronzeugen heranzieht, so unterläßt er es doch, folgende Begriffsbestimmung mitzuteilen, die letzterer in seinem Werk „Kartelle, Konzerne und Truste“ auf Seite 10 gibt: „Unter

Monat	Gesamtmitglieder		Mitgliederzahl in den Filialen		Arbeitslose Mitglieder am Schlusse des Monats		Auf je 100 Mitglieder entfallende Arbeitslose am Schlusse des Monats	
	1928	1929	1928	1929	1928	1929	1928	1929
Januar ..	162	161	47 228	53 291	14 776	22 270	31,3	41,8
Februar ..	167	170	48 062	54 552	12 957	26 412	26,9	48,4
März ...	151	148	46 580	51 716	6 693	15 938	14,4	30,8
April ...	157		48 503		3 502		7,2	
Mai	156		49 706		2 189		4,4	
Juni	151		48 453		2 355		4,9	
Juli	134		45 744		2 832		6,2	
August ...	157		53 800		3 698		6,9	
Sept.	151		52 388		3 448		6,6	
Oktober ..	160		53 673		6 297		11,7	
Nov.	164		55 086		11 451		20,8	
Dezember	167		55 630		19 217		34,6	

Der Reizant.

Kein gutes Mitglied dem Verband ist der Reizant,
der mit dem Beitrag wiederholt rezitiert
und so die Schuldenliste des Kassierers ziert.
Wenn dann die Schuld zum blanken Taler klimmt,
ist es so schwer, sie zu begleichen.
Der eine zahlt und schimpft und ist auf wen ergrimmt,
der andre aber läßt sich freuchen. So ist's verkehrt!
Wer seinen Beitrag wöchentlich begleicht,
erkennt, daß leichter es dafür schon reicht.
Der Obolus, den der Verband begehrt,
ist nur ein winzig kleiner Teil von dem,
was der Verband dem Mitglied hat erstritten.
Zu nehmen ist zwar angenehm,
jedoch zu geben: „Darf ich helfen?“
Am Auf-Erfolg gemessen, ist der Beitrag klein,
ist nur der Dank, den dem Verband du schuldest,
damit er Mittel hat, wenn Unrecht du erduldest,
dein mächtiger Verteidiger zu sein.
Auf klingende Erfolge müßt du nicht verzichten,
auf Recht und Schutz desgleichen nicht.
Befolge drum des Mitglieds erste Pflicht:
den Beitrag pünktlich zu entrichten!
Denn keine Ehre sich und dem Verband
schafft der Reizant! Victor Kalinowski.

Ein Buch der Freiheit.

Charles de Costers „Thyl Ulenpiegel“ erschien in einer dichterischen Uebersetzung von Ernst Heinrich Schrenzel in einer prächtigen Volksausgabe zum Preise von 4,50 M. im Verlage der „Büchergilde Gutenberg“, Berlin SW 61, Dreieckstraße 5.
Der belgische Dichter Charles de Coster hat längst seinen Platz unter den Großen der Weltliteratur gefunden. Der „Thyl Ulenpiegel“ besonders, sein Hauptwerk, dem er

den Großteil seines Schaffens und seiner Lebenskraft gewidmet hatte, fand Eingang in die Literatur fast aller Länder. Und das von Deutschland aus, wo der Welterfolg des Dichters begann. 1927 feierte man den hundertsten Geburtstag de Costers mit Gedenkreden, Broschüren, Zeitungsartikeln und durch die Herausgabe von Prachtausgaben seiner Werke.

Nun kommt die „Büchergilde Gutenberg“ mit einer stillen, aber außerordentlich würdigen und begrüßenswerten Nachfeier: sie bringt den „Thyl Ulenpiegel“, der wie kaum ein zweiter historischer Roman eine Verherrlichung des Kampfes um die ewigen Menschenrechte ist, in einer wunderschönen und billigen Volksausgabe, die in der Tat dazu geschaffen scheint, dies Buch der Freiheit in weite Kreise des werktätigen Volkes zu tragen, denen es bisher fremd bleiben mußte. Dazu kommt, daß E. H. Schrenzel eine überaus verdienstvolle Uebersetzung schuf, die mit großem Geschick die Schwierigkeiten der Wiedergabe des Urtextes meistert und die altfremde Sprache de Costers im reizvollen Stil alter deutscher Chroniken und Legenden neu aufleben läßt. Und ein liebevolles, von besonderer Sachkenntnis zeugendes Nachwort des Uebersetzers berührt nur gerade die literarischen und künstlerischen Probleme des Werkes und läßt dafür zum ersten Male dessen eigentlichen Kerngehalt in klarer Plastik sichtbar werden: den unwiderrstehlichen Geist edelster Revolution, der aus dieser Dichtung wirkt. Denn es ist sehr tief und sehr richtig gefühlt, wenn der Uebersetzer alles örtlich und zeitlich Gebundene in diesem Buche nur als Gleichnis sieht und durch das historische Gewand der Dichtung deren ewigen Gehalt an Menschlichem erblickt und das Werk, das abfichtlich auf dem Boden eines fernen Jahrhunderts spielt, völlig modern, ja geradezu aktuell nennt. Denn es ist in der Tat ein Brevier gegen Muckertum, Autoritätsdünkel, imperialistischen Größenwahn, religiöse Unduldsamkeit, Abglauben, Barbarei, Ueberheblichkeit der Reichen und Unterdrückung der Armen — eine Bibel der Entrechteten, ein Evangelium der Freiheit und ein Ruf zu jenem Kampf für dieselbe, der nie endet: zum Kampfe des Menschenherzens um sein ewiges Recht.

Die „Legende von Thyl Ulenpiegel und Lamme Goedzak“ schildert am Ablauf des Lebens ihres Helden die Freiheitskämpfe des flämischen Volkes wider den spanischen Imperialismus in den Tagen Karls des Fünften und Philipps des Zweiten. Die Form ist die eines spannenden Abenteuerromanes, der durchsetzt ist mit buntesten Elementen des schmelzhaften, legendenartigen, mystischen Volksbuches. Die Szenarie der vielfältigen, wunderbar aufgebauten Handlung sind etliche europäische Länder (vor allem Belgien und die Niederlande) in den Tagen des weltbeherrschenden spanischen Imperialismus der weltbedrohenden römisch-spanischen Inquisition. Thyl Ulenpiegel des niederdeutschen Volksbuches wird bei de Coster zu Thyl Ulenpiegel, dem mutwilligen Sohn eines kreuzbraven und darum befehlenden flandrischen Kohlentragers. Der Junge wächst heran und vollführt inmitten einer tiefsten Zeit, die Bürger und Städte mit Henken und feindlichen Heeren bedroht, seine tollsten Jugendstreiche die äußerlich oft an die Thyl Ulenpiegels (des deutschen) erinnern, die aber innerlich von ganz anderm Gefüge sind. Denn schon in diesen Bubentücheln macht sich ein weißer Narr über die Narrheit der Klugen lustig, und hinter jeder Unfug, den der Junge treibt, steht eine gerechte Empfindung. Spott über die Siebenklugen, Verhöhnung tollender Uberglaubens, Verdammnis erheuchelter Frömmigkeit, Empörung über die Frevel der Großen dieser Welt und Mitleid mit den Armen — schon die Lausbühnerei Thyl Ulenpiegels sind durchpflügt von sozialem Gewissen. Und sein fröhliches Herz? Und seine Schalksnarrheit? Und sein lachendes Gesicht? Oh, er hat ihrer not in der entsetzlichen Welt in die er geboren ist.

Denn der verbrecherische König von Spanien, „die gekrönte Spinne“, will das geliebte flandrische Vaterland sein Reich zwingen und auslaugen. Und der Papst in Rom soll ihm dabei helfen. Und zwischen dem fleißigen, wackeren Volk Flanderns lebt das Gelichter der Drohnen und Mörder aller Schaffierungen: ausgefressene Mönche, die das Volk verdammten und verarmten, fremde Soldner, Henker, Spione, Birnen — Gouverneure und Schindenschnepfen, Inquisitoren und Generale, gedungene Banditen, Volk-

Kollegen! Auf zur Frühjahrsagitatio!

Kartelle verstehen wir freie Vereinbarungen oder Verbände zwischen selbständig bleibenden Unternehmern derselben Art zum Zwecke monopolistischer Beherrschung des Marktes. Die Zweckbestimmung, die monopolistische Beherrschung oder doch Beeinflussung des Marktes ist natürlich das wesentlichste in dieser Definition; die Kartelle wollen in ihrem Abgabebiet die Konkurrenz möglichst ausschalten. Auf diesem Monopolcharakter der Kartelle beruhen sowohl ihre günstigen wie ihre ungünstigen Wirkungen. Kartelle sind also Unternehmerverbände mit monopolistischem Zweck. Das ist etwas ganz anderes als was Professor Weber als Zweckbestimmung der Kartelle in seiner Polemik gegen Schmalenbach hinstellt.

Interessant ist aber, was Professor Weber in diesem Zusammenhange über das Problem Kartelle und Gewerkschaften ausführt. Es sei sonderbar, daß in der öffentlichen Meinung das Urteil über Kartelle einerseits und Gewerkschaften andererseits soweit auseinanderginge. Die Gewerkschaften werden wesentlich günstiger beurteilt als die Kartelle. „Und doch handelt es sich in beiden Fällen um Marktorganisationen, die durch einheitliches Vorgehen die Preise und Leistungen regeln und den Versuch machen wollen, die Marktbedingungen für längere Zeit zu ordnen. Dabei ergeben sich aber schon bei der Betrachtung der äußeren Wirksamkeit bemerkenswerte Unterschiede. Die Kartelle beeinflussen lediglich die Preisbildung eines meist erscheinbaren fertigen Produkts, die Gewerkschaften dagegen den Preis eines unentbehrlichen Produktionsfaktors.“

Die Gewerkschaften verhindern durch die Anwendung des Kampfmittels, den Streik, daß nicht nur die Konjunkturentwicklung, sondern auch die Neubildung von Kapital verhindert wird. So kann nach Weber kein Zweifel darüber bestehen, „daß durch die Gewerkschaften der Erfolg der bestehenden Wirtschaftsordnung viel ernster gefährdet werden kann als durch die Kartelle“. Das sind Vergleiche und Meinungen, die nur in einem Gehirn entstehen können, das sich den Unternehmern verschrieben hat. Und auch die besten Ausführungen Webers in der betreffenden Broschüre zeigen, daß die privaten Monopolisten sich keinen besseren Verteidiger wünschen können, als diesen Professor der Staatswissenschaften aus München. Nach der ganzen Einstellung dieses Herrn ist es nicht sehr verwunderlich, wenn er noch folgendes schreibt: „Wir dürfen ohne Ueberhebung sagen, daß für den Volkswirt eine der ernstesten Sorgen für das wirtschaftliche Deutschland der Gegenwart ist, daß die proportionalen Kosten, die Löhne im weitesten Sinne des Wortes, zu stark gestiegen sind“. Es ist immer wieder die alte Leier und sogar in wissenschaftlichen Abhandlungen findet man nichts anderes: Die Einrichtungen, die der Kapitalismus geschaffen hat, sind vortrefflich, nur die bösen Gewerkschaften mit ihrem Eintreten für die Interessen der Arbeitnehmer verhindern die Erfolge. Wir brauchen uns mit derartigen Auslassungen weniger auseinanderzusetzen.

Nun noch einige Worte zu dem Thema Gewerkschaften und Kartelle. Daß die Gewerkschaften die Arbeitskraft zusammenfassen wollen, ist natürlich richtig. Wenn sie zur Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder zu einem Streik greifen oder die Arbeitskraft in gewissen Momenten oder in bestimmten Bezirken zu verknappen suchen, so ist es u. E. weniger gefährlich, als jene Maßnahmen, die die Kartelle anwenden. Denn die Gewerkschaften greifen zu jenem Mittel nur in der äußersten Not. Die Kartelle und Syndikate hingegen wenden jene Mittel der organisatorischen Verknappung Jahre, teilweise Jahrzehnte an und schädigen die Volkswirtschaft

aufwiegelt und Meuchelmörder. Und sie fressen, saugen das Land aus, hetzen und fluchen, henken, sengen, brennen, rauben und töten — im Namen Gottes, der Heiligen Dreieinigkeit und des Königs. Und Thyl Ulenpiegel wächst heran — sie töten den Bruder seines Vaters auf dem Rade der Henker, sie verbrennen seinen Vater Klaas lebendig als Ketzer, foltern seine schmerzreiche Mutter Soetkin vor den Augen des Sohnes so grausam, daß sie an den Folgen der Tortur stirbt. Sie machen aus der herrlichen Tote, Ulenpiegels trauer Freundin, eine Bettlerin und eine Waise, denn sie töten ihre Mutter als Hege. Und im das Haupt des jungen Ulenpiegels strahlt es schon früh wie ein Heiligenschein des Märtyrertums. Aus dem Jungen voll Uebermut wird ein Mann, dem nur das Lächeln seines alten Herzens gleich einer milden Sonne über einer Flut von Tränen erstrahlt. Und er zieht, von seinem treuen, lederen Freunde Lamme Goedzak begleitet, aus, „das Land der Väter zu retten“.

Durch lustige, traurige, entsetzliche Abenteuer, durch Höhen und Tiefen des Lebens, vor Königen und unter Galgen hat er nur einen Leitstern: Freiheit.

Und er wird ein Held, der Führer des Volkes, der kühn und kämpfend, den ganzen Spuk der dunklen, feindlichen Mächte vertreibt wie ein Frühlingswind den tödlichen Rauch jeder Pest.

Dabei steht in dem ganzen Buche das Allgemeinmenschliche so blutvoll lebendig im Vordergrund des Interesses, daß dieses Werk sich wirklich, wie der Uebersetzer in seinem Nachwort sagt, ganz so liest, „wie ein hübnes Gleichnis der tiefsten Nöte unserer heutigen Zeit“.

Und man muß ihm auch beipflichten, wenn er schreibt: „Dieser erschütternde Ton, der nichts mehr mit Flantern zu tun hat, sondern der Menschheit gehört, klingt durch das ganze Werk und läßt an dessen Ausgang Ulenpiegel den rechten Weg klar erkennen. Wenn die Irrlichter, die ihn umtanzen, sprechen auf einmal ganz deutlich: Wir sind das Feuer, die Vergeltung für die alten Herren, für die Leiden des Volkes; die Vergeltung an den Herren, die den Menschen als Wild auf ihrer Erde jagten; die Vergeltung für die unnützen Schlachten, für das in

Der Verband ruft!

60 Jahre sind verflossen, seitdem in Deutschland zum erstenmal der Ruf an unsere Berufskollegen erscholl: Schließt Euch zusammen! Vereint Euch! Werdet Mitglied des Malerverbandes! Ungeheuer schwer war es, im Laufe der Jahrzehnte eine feste Grundlage für das Verbandsgedäude zu schaffen, den Geist der Solidarität zu wecken, das Kollegialitätsgefühl zu heben, den Kampfgedanken zu stählen und das Vertrauen zur Organisation bei der so unendlich gleichgültigen, stumpfen Masse unaufgeklärter Arbeitsbrüder zu gewinnen.

Doch es gelang. Langsam zwar konnte Bresche gelegt werden in den „Unverstand der Massen“, aber es ging vorwärts und aufwärts! Wo der Organisationsgedanke einmal Fuß gefaßt hatte, konnte er wohl gehindert, aber nicht mehr ausgerottet werden. Die Entwicklungsgeschichte so vieler Filialen und Zahlstellen bietet uns dafür die besten Belege. Wo ein Kämpfer fiel, oder ein unzuverlässiger Kollege die Fahne verließ, traten an deren Stelle neue, kampfesmutige, opferbereite Berufskollegen, die den tieferen Sinn eines echten Gewerkschaftskämpfers erfaßt hatten und ihren Klassenbrüdern ein leuchtendes Beispiel wahrer hilfsbereiter Kollegialität boten.

Mit solchen Verbandskollegen zu jeder Zeit, wo nur immer sich Gelegenheit bietet,

die Werbearbeit aufzunehmen, das macht Freude im Dienste der Organisation, das reizt die noch zögernden Arbeitskollegen mit und gibt sichere Gewähr, daß zielbewusste Agitation auch den erstrebten Erfolg bringt.

Neue Mitglieder gilt es für unsern Verband zu gewinnen!

Rüffelst die noch Unorganisierten auf! Ueberzeugt sie von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses! Weist hin auf unsere Agitationschrift, in der das Werden und Wirken unseres Verbandes zum Wohle der Gesamtkollegenschaft zahlenmäßig dargestellt ist, dem sich kein ehrlich denkender Arbeitsgenosse mehr entziehen kann.

Bedenkt aber, Kollegen, die ihr in den kommenden Tagen und Wochen die Frühjahrsagitatio aufnehmt, daß auch

die jetzt in die Lehre gekommenen Lehrlinge für uns gewonnen und auf unsere Lehrlingsabteilung im Verband hingewiesen werden müssen. Der heutige Lehrling, unser späterer Berufskollege, muß frühzeitig erkennen, daß auch er gegenüber seinem Beruf, in den er hineinwächst, eine ernste Pflicht — die der Zusammengehörigkeit — zu erfüllen hat. Das Organ „Der Malerlehrling“ wird ihm dabei ein zuverlässiger Führer, ein treuer Weggenosse während seiner Lehrzeit sein.

Die Ausgerufenen, die Jungkollegen, die soeben ins Erwerbsleben eingetreten sind, müssen von nun an in Reih und Glied mit unsern Verbandsmitgliedern marschieren, als willkommenene neue Kämpfer um sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt.

Nun auf an die Arbeit! Hört den Ruf des Verbandes! Schließt die Reihen!

durch ihre einseitige Politik weit mehr, als wenn die Gewerkschaften einmal zu den gleichen Methoden der Marktbeeinflussung greifen. Hinzu kommt noch eins: Die Gewerkschaften haben bedauerlicherweise erst einen Teil der Arbeiter umfaßt. Die meisten Kartelle aber haben nur mit ganz wenigen Außenseitern zu rechnen. Daß die Gewerkschaften bezüglich der Durchsetzung ihrer Interessen sich der Hilfe des Staates bedienen, ist richtig. Auf der anderen Seite kann aber nicht bestritten werden, daß die kartellierten Industrien der Hilfe des Staates weit mehr teilhaftig geworden sind als die Gewerkschaften.

Kartelle und Gewerkschaften sind die Spitzen zweier entgegengesetzter Interessen in dem Kampfe um das Sozialprodukt. Nach unserer Meinung kann es nicht zweifelhaft sein, daß es besser ist, wenn ein größerer Teil des Arbeitsertrages dem arbeitenden Teil der Bevölkerung zufließt. Es ist für die Kulturentwicklung weniger wichtig, erhöhte Profite anzukammeln, als für den größten Teil der Menschheit ausreichende Lebensmöglichkeiten zu schaffen. Auch bei Weber scheint etwas Ähnliches aufzubämmern, denn in dem letzten Abschnitt seines Buches schreibt er: „Die sozialistische Wirtschaftsordnung ist eine

Unmöglichkeit. Aber das soziale Ziel, das den Sozialisten vorschwebt, ist das Königsproblem der Sozialökonomie und der ökonomischen Politik: Es gilt, jedem Menschen, auch dem kleinsten und unbedeutendsten, ein ideell und materiell menschenwürdiges Dasein zu schaffen.“

Wenn schon das soziale Ziel das Königsproblem der Sozialökonomie ist, dann begreifen wir nicht, warum Weber 31 Seiten eines Buches aufgewandt hat, um das Gegenteil zu beweisen. Weber ist allerdings der Meinung, daß das soziale Ziel nur „unter der Führung des kapitalistischen Unternehmers“ erreicht werden kann. Wir sind der Meinung, daß der kapitalistische Unternehmer ganz andere Ziele und Interessen hat als das soziale Ziel zu verwirklichen, das heißt jedem Menschen „ein materiell menschenwürdiges Dasein“ zu schaffen. Diesen Zustand herbeizuführen, bleibt der kämpfenden Arbeiterschaft selbst überlassen, durch ihre Organisationen.

Werft die gelesenen „Maler“ nicht fort! Gebt sie den Unorganisierten!

den Kerkern vergossene Blut, ... für die gefesselte, blutige Vergangenheit. Wir sind das Feuer; wir sind die Seele der Toten.“

Und in diesem raum- und zeitlosen Reich des Geistes, in das die Dichtung ragt, wirken ihre Gestalten, so lebenswahr sie auch im einzelnen sind, alle mit der Kraft tiefer Symbole. Doch über der Hölle der Gemarterten scheint in dieser Dichtung nicht Danes Spruch zu stehen: „Die ihr hier eintretet, laßt alle Hoffnung fahren“, sondern das göttig-weise Wort Strindbergs: „Wir sind alle nur arme, geplagte Menschen.“

Das prachtvolle Buch ist auch ein Schatz des Trostes für die armen, geplagten Menschen von heute — eine Freiheitsbibel auch in unsern Tagen des Kampfes um Menschenrechte. Und man kann nur wünschen, daß es in dem würdigen Gewand, das es nun trägt, Eingang in den Bücherstank aller finde, die arbeiten, fühlen und denken.

Die Strafarbeit.

Wie kann Arbeit zur Strafe werden? Arbeit, durch die das Menschengeschlecht zu dem geworden, das es ist. Arbeit, ohne die ein Zusammenleben von Menschen niemals sein kann. Arbeit soll Strafe sein?

Aber Schulen kennen noch immer die Strafarbeiten. Zur Strafe müssen Kinder oft Arbeit tun. Nicht zum Lernen, zum Begreifen, nicht zur Klarheit sollen sie Arbeit leisten. Nein, ausdrücklich wird die Arbeit Arbeit zur Strafe genannt. Ja, es ist wahr, daß sich die jeweilige Wirtschaftsordnung bis in die feinsten Kulturscheinungen hinein spiegelt.

Wie entwürdigt solch ein Verlangen den Begriff, den die Arbeit hat! Wie weckt solche Arbeit zur Strafe im Kinde das Gefühl des Hasses, das Gefühl der Empörung gegen das, das man da Arbeit nennt. Während die Schule erziehen müßte zu heiliger Ehrfurcht vor Arbeit. Daß die Menschen im Leben dann später für Arbeit kämpfen, für die freie Arbeit und das soziale Arbeitsrecht. Aber die Gesellschaft weiß, was sie tut.

Wir können nicht vorbeisehen an den Erscheinungen, die da das Leben dieser Wirtschaftsordnung bilden. Der neue Arbeitsgedanke trägt eine revolutionäre Energie in sich. Er greift über das Leben des Brotes in das der Kultur. Das ganze Dasein muß bis in die Einzelheiten hinein in sozialem Sinne gestaltet sein. Und die Schule ist ein Kernstück dieses großen Gestaltungslebens. Er-obern wir die Schule für uns, dann erobern wir sie auch für die neue Arbeit und die neuen Menschen.

Die Lohnfüte.

Ein kleiner Umschlag, mäßig dick gefüllt, hat sich nach Wochenschluß zu mir gefunden. Nicht allzuviel ist, wenn ich es entfühle, das Resultat von 48 Stunden.

Die kleine Handvoll für ein langes Tun, für Kräfte, die kein Meißel mir ersetzt, und jeder Pfennig wird gebraucht zulezt, es langt nicht mal zu einem Sonntagshuhn.

Auch langt es nicht zu einer Sommerfahrt ins stille Land der Wälder und der See'n, denn manche Mark, zu diesem Zweck gespart, ward doch zu „Wichtigerem“ anserfeln.

So schafft man Jahre, manchmal kaum bewußt des trügen Ablaufs seiner Handarbeit. Der Hunger und die Miete heßt: Du mußt! So wirfst du fort, auch wenn die Seele schreit.

Die Arbeit, die wir tun, gehört uns nicht; sie ist geschaffen und sie ist verkauft. Wir schaffen neue, wieder ist Verzicht, der ein'ge Lohn, mit dem man uns getauft.

Wir sind betrogen heut und jederzeit. All unser Tagewerk ist so ohne Sinn, denn nichts ist unser. In Vergessenheit fließt unser Leben schattengleich dahin.

August Steinbrügger.

Haltet treu zur Fahne der Organisation!

Freie Bahn dem Tüchtigen.

Anfangs war dieses Wort ein unausgesprochenes und sehnend gedachter Wunsch der tätigen Jugend, sei es im Handwerk oder in geistigen Berufsgruppen. Dann wurde es von dem einstigen Reichskanzler Bethmann-Hollweg im Reichstag ausgerufen und seine reiflose Erfüllung in Aussicht gestellt. Wenn der Anwalt eines Staates ein solches Wort in die Öffentlichkeit ruft, sollte man annehmen, daß es von allen führenden Vertretern der Bünde, Organisationen usw. aufgegriffen und ins Arbeitsprogramm übernommen werden würde. Jetzt, nach Jahren, besonders auch anlässlich öffentlicher Feiern hört man wieder von allen Rednern, daß es Pflicht eines jeden sei, sein ganzes Können, alle Fähigkeiten und Talente in den Dienst des Volkes, der Menschheit, des Vaterlandes zu stellen. Hat man aber je versucht, der Tüchtigen habhaft zu werden, um sie an den Platz zu bringen, an den sie gehören? Leider, nein!

Wer ist übrigens in diesem, ein vollgültiges Urteil über Fähigkeiten abzugeben? Immer nur Leute vom Fach. Nun, diese Fachleute, wenn sie ein Herz haben, werden sich gern dazu hergeben, jemanden auf seine Tüchtigkeit zu prüfen und ein Urteil abzugeben. Damit ist es aber dann getan, denn mehr tun können sie auch nicht. Hier steht also die Schwierigkeit ein: Wo ist der Platz, den der Tüchtige ausfüllen könnte? Sein Dienst wäre angenehm und nützlich für die Wirtschaft, für den Staat, für was noch alles. Aber man schiebt ihn überall, wo er sich stellt, ab. Also ist das obige Schlagwort glänzende Phrase, mit dem die Festredner seit langem arbeiten und zu glänzen versuchen. In einer Zeit, wo Millionen Menschen keinen Erwerb finden, scheint es mir frevelhaft, es immer wieder auszurufen, wenn man praktische Köpfe und Hände entarten kann. Nun spricht aber noch eines mit. Es gibt wohl Plätze für die Tüchtigen, aber sie sind besetzt, jedoch zum Teil von Untüchtigen. Wie? Seien wir einmal ehrlich. Welcher Angestellte oder Handwerker wäre nicht in der Lage, seinen Vorgesetzten zu erfreuen, und zwar vollumfänglich? Dies zeigt also schon, wie wenig Tüchtigkeit im allgemeinen verlangt wird. Im Beruf heißt es immer, einige Stufen tiefer sitzen, als man nach Fleiß und Veranlagung nötig hätte. Aber so ist es nun einmal in dieser wunderbarsten Wirtschaftsorganisation. Geistig, das heißt mit Worten, kann es nicht hoch genug gehen, praktisch aber schön bei Großmüttern sitzen bleiben, das scheint Grundgesetz aller zu sein, die die Entwicklung zu fördern haben.

Niemand wird leugnen, daß zum Beispiel Erfinder tüchtige Leute sind und waren, aber auch jeder weiß, daß oft Jahrzehnte vergehen, ehe der Erfinder durchdrang; dies lag aber weniger an der technischen Möglichkeit der Ausführung des Erfindenen, als vielmehr an der Müdigkeit und Trägheit der Führenden, die diese Erfindungen nicht zu nützen verstanden. Es ist ein Erfahrungsfakt, daß Talente sich erhöhen, je mehr der Tüchtige Gelegenheit findet, Aufgaben, seiner Veranlagung gemäß, zu erfüllen. Also geben wir ihm Gelegenheit. Hier taucht aber wieder die Frage auf: Wer soll sie geben? Papierte Antworten, wie „der Staat, die Wirtschaft“ sind leicht. Es ist nicht zu vergessen, daß auch der Staat usw. in letzter Linie Personen sind und daß es hier gilt, Personen persönlich zu interessieren. Es ist nur ein paar Jahre her, daß jeder zehnte Stellungslose an Sinnes und Ford schrieb, weil von ihrer Persönlichkeit mehr erhofft wurde, als von Arbeitsnachweiser und -ämtern. Jedes öffentliche Amt hat seine Vorteile, aber auch seine unlegbaren Nachteile. Es ist ein guter Sammelbehälter, aber ein schlechter Verteiler. Sammlung ist stets massig zu bearbeiten, Verteilung nur einzeln und individuell. Hier die Schwierigkeit. Der Handwerksmeister, der einen fleißigen Gesellen besaß, wird immer versuchen, diesen Gesellen wiederzuerhalten. Wer in ein größeres Geschäft geht, um einzukaufen, wird nach Möglichkeit versuchen, von dem Angestellten bedient zu werden, bei dem er seine guten Erfahrungen gemacht hat. Das persönliche Verhältnis erhöht die Kauflust und gibt eine gewisse Qualitätsgarantie. Und so ist es überall. Das also wäre ein Hindernis.

Ein anderes, um fortzukommen im Leben, sind die Zeugnisse. Wie? An den Zeugnissen erkennt man doch gerade, ob einer tüchtig war oder nicht? Weit gefehlt. Von den wahren Fähigkeiten können Zeugnisse überhaupt nichts. Zum Beispiel: Jemand betreibt jahrelang neben seinem Beruf eine Liebhaberei, ist in dieser viel tüchtiger, kann sogar künstlerisch vollendet sein; woher könnte er aber ein Zeugnis bekommen? Von niemand, denn jeder würde sagen: „Was, Sie sind Arbeiter und wollen Musiker werden, Sie sind Maler und wollen Schriftsteller werden?“ Man halte solche Berufswechsel nicht für so ganz unmöglich; viele berühmte Männer sind Zeugen dafür. Aber selbst wenn ein Berufswechsel gar nicht gewünscht wird, handelt ein Zeugnis so gut wie nichts. Man erhält ein solches nur über Geleistetes beziehungsweise Verlangtes, nicht aber über Unverlangtes, das deshalb aber doch Höchstleistung sein und voll beherrscht werden kann. Wir Deutsche sind papiertüchtig, leben lieber ein paar bekräftelte Lappen, möglichst mit Stempel, als mit einem Blick den ganzen Kerl. Es ist geradezu lächerlich, Schulreifeprüfungen für handwerkliche Berufe zu verlangen, wie es in neuester Zeit Mode und Vorherrschaft geworden ist. Statt erteilt, werden die Berufslehrlinge nur schematisiert und mit den zweifelhaften akademischen Essenzen überladen, die ihnen wohl einen Nimbus geben, niemals aber wahre Fertigkeit garantieren können. Man findet oft Annoncen in Zeitungen, wo Stellen, die absolut keine Vorbildung und Fachkenntnisse erfordern, nur von Zeugnissen und Referenzen abhängig gemacht werden. Ist das richtig? Ich glaube kaum. Denn wer garantiert dafür,

daß der Suchende noch dem Zeugnis entspricht? Er kann sich verschlechtern haben, wie er sich weitergebildet haben kann, was aber aus keinem Zeugnis ersichtlich ist. Ebenso geht es in unserm Beruf. Man wird zu wenig geprüft, hat zu wenig Gelegenheit, sein Mehrkönnen zu zeigen.

Es bleibt also bestehen, daß wir von dieser Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung so gut wie nichts zu erhoffen haben. Freie Bahn dem Tüchtigen? Wir wollen lieber sagen, dem, der gute Fürsprache hat und nicht zum mindesten dem, der es sich etwas kosten lassen kann.

Eine Aenderung dieser heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung herbeizuführen, kann nur jahrelange zielbewußte Aufklärungsarbeit sein. Hieran mitzuarbeiten ist auch Pflicht und heiligste Aufgabe unserer Berufskollegen in der Organisation, im Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Läufer und Weißbinder.

Verstößt die Sperre über eine Wertstelle gegen die guten Sitten?

Aus Wilhelmshaven wird uns berichtet:

Im Oktober 1928 wurden vom Landesfinanzamt Bremen größere Aufträge für Maler- und Anstreicherarbeiten auf dem Wege der öffentlichen Submission vergeben. Die Malermeister Bremer-Wilhelmshaven, sowie Reents-Varel, erhielten auf ihr Gebot den Zuschlag.

Das Ortsaristamt in Wilhelmshaven sowohl wie die Handwerkskammer Aurich und die Innung in Bremen waren der Auffassung, daß für die abgegebenen Preise die Arbeiten bei weitem nicht ordnungs- und bedingungs-gemäß ausgeführt werden könnten.

Die in Frage kommenden Firmen wurden darauf vom Ortsaristamt verständigt, die Aufträge für die angebotenen Preise zurückzunehmen, damit dem Tarifamt die Möglichkeit einer besseren Preisgestaltung dieser Arbeiten mit dem Landesfinanzamt auf dem Verhandlungswege nicht genommen würde. In diesem Falle konnte dem Auftrage des Tarifamts entsprochen werden, weil die gesetzliche 14tägige Bindungsfrist seit langem verstrichen war. Auch nach dem klaren Wortlaut des Vertrags wären genannte Firmen verpflichtet gewesen, sich den Entscheidungen des Tarifamts zu fügen.

Letzteres wurde von den beiden Firmen abgelehnt. Die Folge war eine Verhängung der Sperre durch das Ortsaristamt über die Arbeitsstellen der Genannten. Die Sperre wurde in der Wilhelmshavener Tagespresse des öfteren bekanntgegeben. Hierin erblickten die Firmen einen Verstoß gegen die guten Sitten (§ 826 BGB.) und reichten unterm 12. November 1928 durch die Rechtsanwälte Heyne und Dr. Meyer die ordentliche Klage (erstens) gegen das Ortsaristamt für das Malergewerbe und (zweitens) gegen die Obmänner beider Verbände des hiesigen Malergewerbes beim Amtsgericht Wilhelmshaven ein, mit dem Antrage, die Beklagten als Gesamtschuldner kostenpflichtig zu verurteilen, die gegen die Kläger verhängte Sperre aufzuheben und den Beklagten unter Androhung einer Geld- oder Haftstrafe zu untersagen, in den hiesigen Tageszeitungen und durch sonstige öffentliche Bekanntmachungen bekanntzugeben, daß über die Betriebe der Kläger die Sperre wegen Schmutzkonkurrenz verhängt worden sei, und weiter die Beklagten zu verurteilen, den Streikposten keine Bescheinigungen dahingehend auszustellen, daß sie berechtigt sind, die Arbeitsstellen der Kläger in den hiesigen Kasernen zu betreten.

Die Beklagten beantragten demgegenüber, das Amtsgericht möge sich für unzuständig erklären. Wenn Letzteres abgelehnt werden sollte, die Kläger kostenpflichtig abzuweisen.

Die Einrede der Beklagten wurde durch Zwischenurteil des Amtsgerichts Wilhelmshaven vom 16. Dezember 1928 verworfen. In der Begründung wird u. a. gesagt: Die Kläger stützen ihre Ansprüche ausdrücklich auf § 826 des BGB. und machen damit außervertragliche Ansprüche geltend, und zwar sowohl gegen ein Mitglied des Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbandes und gegen den Beklagten zu 3. (Vorsitzender des Tarifamts) sogar gegen eine weder dem einen noch dem andern Verband angehörige und deshalb den Bestimmungen des Reichstarifvertrags überhaupt nicht unterstehende Person.

An demselben Tage wurden die Kläger mit ihrer Klage gegen das Ortsaristamt durch Teilurteil als unzulässig kostenpflichtig abgewiesen.

In der Begründung heißt es u. a.: Das Ortsaristamt stellt das gemeinsame Organ der die Parteien dieses Vertrages bildende Verbände dar. Diese mögen dadurch, daß der Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt worden sei, ein gewisses Recht der Selbstverwaltung erhalten haben und das Tarifamt, auf das dieses Recht weiter übertragen worden ist, mag in gewissem Grade behördliche Aufgaben erledigen. Diese von ihm ausgeübten etwaigen selbständigen Rechte sind aber ausnahmslos öffentlich-rechtlicher Natur, und es ist, wie sich aus dem Wesen und Zweck seiner Einrichtungen von selbst ergibt, nicht für befähigt zu erachten, Träger irgendwelcher Privatrechte zu sein, die man ihm auch offensichtlich gar nicht zu übertragen versucht hat.

Kann das Ortsaristamt aber nicht selbständiger Träger von Privatrechten sein, so ist es nicht rechts- und auch nicht parteifähig (§ 50 d. ZPO.).

Die Klage konnte somit nur gegen die verantwortlichen Personen der Vertragsparteien weitergeführt werden, was denn auch geschah. Im Verlaufe dieses Prozesses wurden seitens der Kläger ungeheure Anstrengungen gemacht, den Sieg an sich zu reißen. Immer neue Momente wurden hineintragen, so daß man kaum mehr folgen konnte. Aber an den klaren Vertragsbestimmungen konnten auch juristische Verdrehungen nichts ändern. Es kam so, wie wir es erwarten mußten, und wenn weiterhin überhaupt Ta-

rifverträge noch Gültigkeit haben sollen, die kostenpflichtige Abweisung der Kläger durch Urteil des Amtsgerichts Wilhelmshaven vom 30. Juni 1927.

In der Begründung wurde u. a. gesagt:

Gegen die guten Sitten verstößt eine Sperre nur dann, wenn entweder das angewandte Mittel oder das Ziel des Bspotts unbillig ist. Das Mittel ist unbillig dann, wenn die Form der Aufforderung zur Sperre verheißend wirkt, oder der Sachverhalt unrichtig oder unvollständig angegeben wurde. Das war hier nicht der Fall. Auf der einen Seite stand das den Arbeitnehmern und Arbeitgebern gemeinsame Interesse, durch Ausschaltung unlauterer Konkurrenz die eigenen Wirtschaftsinteressen zu schützen. Dieses Interesse ist mindestens ebenso hoch zu bewerten wie das, das die Kläger an der ungeführten Durchführung ihrer Arbeiten hatten. Die von den Beklagten verhängte Sperre und die von ihnen zur Durchführung der Sperre erlassenen Bekanntmachungen sind hiernach als eine unerlaubte Handlung nicht anzusehen.

Auch mit diesem Urteil gaben sich die Kläger nicht zufrieden. Es wurde die sofortige Beschwerde beim Landbesgericht Aurich eingereicht, mit dem Antrage, den Beklagten die Kosten des Rechtsstreits aufzuerlegen. Trotzdem von den Klägern wiederum neue Momente in den Prozeß eingebracht wurden, kam auch das Landesgericht zu einer kostenpflichtigen Abweisung der Kläger durch Beschluß vom 18. Dezember 1928. Die Begründung deckt sich in der Hauptsache mit dem Urteil des Amtsgerichts Wilhelmshaven.

Damit hat ein Prozeß sein Ende gefunden, der in seinem Ausgang dem Tarifwesen hierort außerordentliche Dienste geleistet hat. Die Entscheidungen der Gerichte lassen klar erkennen, daß die Kontrahenten eines Tarifvertrags den Vertragsbestimmungen zu folgen haben. Selbstverständlich hat dieser Prozeß die Tätigkeit des Tarifamts stark behindert, aber jetzt ist der Weg frei für weitere Maßnahmen der Tarifinstanz im Interesse des gesamten Malergewerbes. Dieses mögen die Herren von der Arbeitgeberseite ganz besonders beachten, denn nach Lage der Verhältnisse scheint es dringend geboten, die Vertragsbestimmungen in jeder Weise zur Durchführung zu bringen im Interesse der Allgemeinheit. F. P.

Ist das gerecht?

Die in Prag erscheinende Wochenschrift „Die Wirtschaft“ brachte kürzlich einen Artikel, in dem sich ein Aktionär über die Dividendenpolitik der Aktiengesellschaft beschwerte. In dem Artikel kamen folgende Bemerkungen vor:

„Fast alle Faktoren, die an einer solchen Aktiengesellschaft... interessiert sind, wissen wohl ihren Vorteil wahrzunehmen. Der leitende Direktor, der Herr Verwaltungsrat, sitzen unmittelbar an der Schüssel und generieren sich nicht, mit vollen Händen zuzugreifen, zumal der Schmaus unter strengem Ausschluß der Öffentlichkeit nur für die wenigen, sich selbst einladenden Gäste stattfindet und auch die Bilanzziffern hierüber nicht viel erzählen... Was so ein leitender Funktionär das Unternehmen noch nebenbei kostet, darüber ist er vielleicht sich selbst oder will er sich gar nicht klar sein. Steuern, die bei diesen enormen Gehältern die höchsten Sätze erreichen, Autos, in deren Verwendung man sich — die Kosten gehen ja nicht aus der eigenen Tasche — keinen Zwang auflegt und deren man sich ohne Bedenken natürlich auch für Privat Zwecke, für die Familie, für Sommerreisen bedient, Protektionskinder, die auf gut dotierte, eventuell zu diesem Behufe neu kreierte Posten geschoben werden, Geschäfts- und Studienreisen, bei denen man das Geschäftlich-Notwendige mit dem Persönlich-Unangenehmen verknüpft und sich keineswegs des Reisegeldes durch Rücksichtnahme auf das Spesenkonto des Unternehmens verkrümmern läßt, luxuriöse Direktionsräume, Sekretäre, Diener, all das summiert sich im Laufe des Geschäftsjahres zu ganz respektablem Beträgen.“

Der Mann scheint seine Pappenheimer sehr genau zu kennen. Doch sind diese Verhältnisse nicht nur in der Tschechoslowakei zu finden. In Deutschland ist es nicht anders. So zitierte kürzlich der Kölner Oberbürgermeister Dr. Denauer in einer Aussprache folgendes aus einer Denkschrift:

„Ein bedeutendes Werk hatte in der Vorkriegszeit 11 Direktoren mit einem Gehalt von 1000 bis 2000 M monatlich für jeden Direktor und einer beim Jahresabschluss zahlbaren Gratifikation von je 3000 bis 4000 M. Heute werden 26 Direktoren mit einem Gehalt von 4000 bis 5000 M monatlich beschäftigt.“

In einer Broschüre des deutschen Philologenverbandes, der Organisation der akademisch gebildeten höheren Staatsbeamten, wurde für den weisfälligen Bergbau folgende Pyramide der monatlichen Einkommen im Jahre 1925 festgestellt:

Bergmann	175 M
Grubeninspektor	2 000 „
Zechendirektor	3 000 „
Betriebsdirektor	6 000 „
Generaldirektor	10 000 „

Ein Generaldirektor aus dem Ruhrbergbau verdiente also 57mal so viel wie ein Bergmann. Seit dem Jahre 1925 sind die Verhältnisse eher noch schlechter als besser geworden.

Spricht ein solches System der überspannten Klassifizierung nicht Hohn auf die menschliche Kultur? Millionen Menschen hungern, weil sie aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet sind. Hunderttausende Familien sind gezwungen, zeit ihres Lebens ein elendes, mühevolleres Dasein zu führen, in ungesunden, engen, dumpfen Wohnlöchern zu hausen, weil es die heutige Gesellschaftsordnung so verlangt. Dieses System kann und muß einmal überwunden werden.

Die große Messeschau in Leipzig.

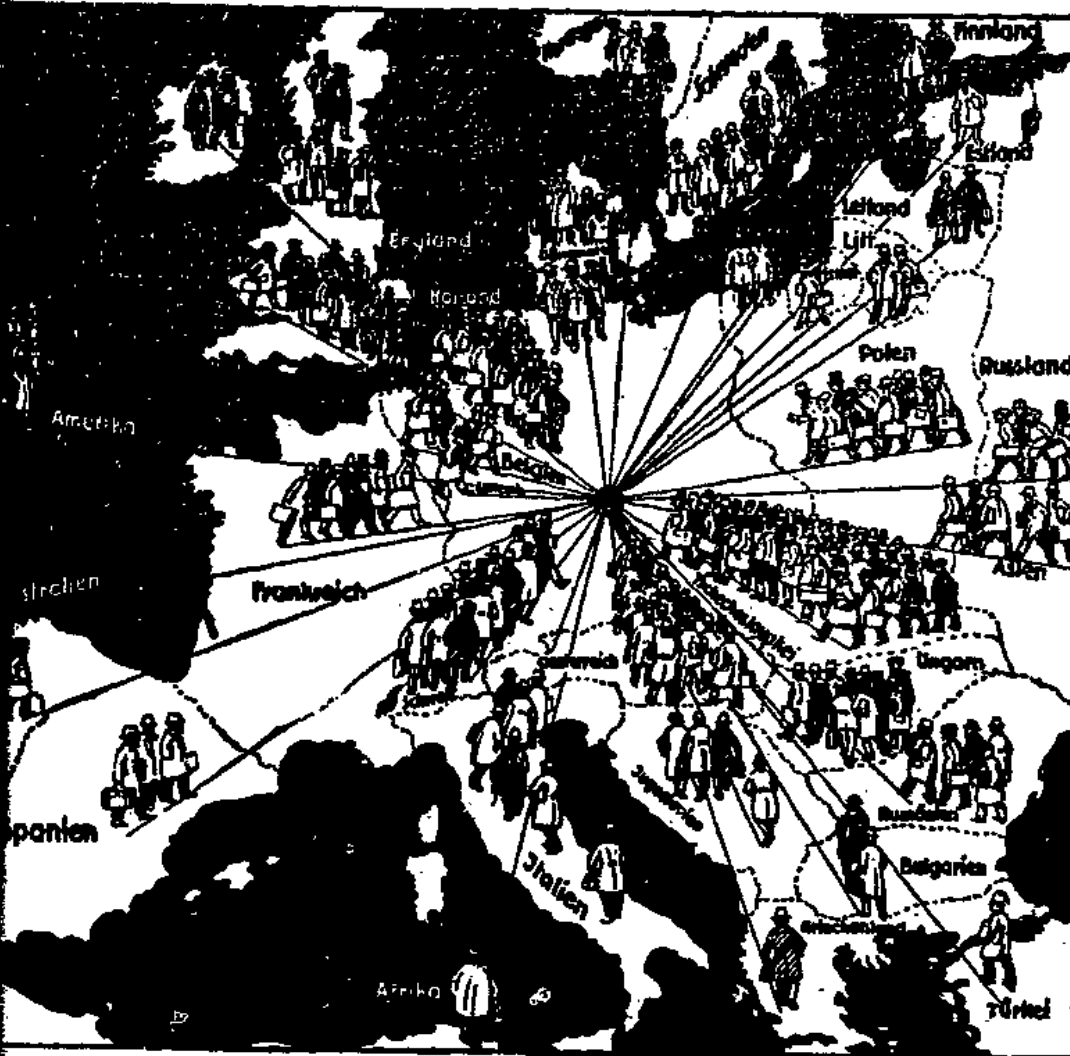
Was die Leipziger Messe ist, über ihren historischen Entwicklungsgang, über die klare Gliederung zwischen Messe und Ausstellung, der alten Warenmesse und der heutigen modernen Mustermesse, ihre wirtschaftliche und kulturelle Auswirkung, ihre große Bedeutung für den deutschen Exporthandel und die gesamten Industrien, das wurde auf der diesjährigen Frühjahrsmesse den Vertretern der Gewerkschaftspresse des DGB, auf Einladung der Messeleitung von dem Herrn Direktor Paul Wolf in einem ausgezeichneten Lichtbildvortrag dargelegt. Die Leipziger



Zentralausstellungspalast mit 6000 qm Ausstellungsfläche, hauptsächlich Spielwaren- und Christbaumzweige.

Die Leipziger Messe ist eine Verkaufsausstellung von etwa 10 000 Fabriken und einigen 100 Großhändlern aus allen Zweigen der Fertigungsindustrie, der Veredelungsindustrie, der Maschinenbauindustrie, insbesondere Maschinen, ebenso wie der Konsumgüterindustrie, wohl für den großen Verbrauch der breiten Massen, für die Befriedigung von Luxusbedürfnissen. Diese Ausstellung, die sich in 43 Messehäusern in der inneren Altstadt von Leipzig und 16 Hallen auf dem Gelände der Technischen Messe über 350 000 qm Etage- und Hallenfläche erstreckt, zeichnet sich aus durch die Universalität des Gezeigten: Das Wesen der Messe liegt darin, daß diese unendlich mannigfaltigen Waren gleichzeitig auf wenige Tage wohlgeordnet in einer Stadt in Mustern ausgestellt werden, damit an Hand dieser Muster in- und ausländische Käufer Aufträge auf Lieferung einer Anzahl nach diesem Muster gearbeiteter Waren Groß oder Duzend zur Messe geben werden.

Je weitergehend die Ordnung innerhalb dieses Marktes gewaltigstem Umfange durchgeführt ist, desto mehr kann man sagen, die Leipziger Messe besteht aus einer Verbindung von Fachmessen verschiedenster Art, wie Textilmesse, Technische Messe, Papierwarenmesse, Sportartikelmesse, Möbelmesse usw. Das Wesentliche ist aber, daß Fachmessen an einem Ort und zu gleicher Zeit stattfinden, um so insbesondere dem ausländischen Einkäufer die Befriedigung verschiedenartigster Geschäfte zu ermöglichen. Derartige Mustermesse existiert nur in Leipzig.



29 000 ausländische Einkäufer besuchten 1928 die Leipziger Messe. Die Zahl der Einkäufer und der deutsche Export an Fertigwaren geht vortommen parallel.

Mehr als 10 000 Aussteller der Leipziger Messe, über gewissen Verschiebungen im großen und ganzen Jahr zu Jahr die gleichen bleiben, setzt sich zusammen aus neun Zehnteln Inländern und einem Zehntel Ausländern. Sachsen entsendet, trotzdem es als Exportindustrie unter den deutschen Ländern unbestritten an erster Stelle steht, nur 25 % der Aussteller nach Leipzig, Preußen 40 %. Im übrigen sind alle Gegenden Deutschlands entsprechend dem Umfang ihrer Fertigungsindustrie an der Leipziger Messe beteiligt. Der Grundpfeiler der Leipziger Messe ist die mitteldeutsche Fertigungsindustrie. Von über 16 Millionen gewerblichen Arbeitnehmern Deutschlands werden reichliche 2 Millionen, das sind 13 %, in den Betrieben der Leipziger Messe beschäftigt. Die gesamten Fertigungsindustrie ist der Leipziger Messe in etwa ein Drittel, genau 64 %, der gesamten

Arbeitskraft der feinkeramischen Industrie in Fabriken tätig, die in Leipzig ausstellen. Von den deutschen Ländern und Provinzen ist die Gesamtbevölkerung der Provinz Brandenburg mit Berlin mit 23 % relativ am stärksten an der Messe interessiert, da bei Messeausstellern beschäftigt. Erst dann folgen in weitem Abstände Sachsen mit 15, Hessen, Thüringen und Württemberg mit je 12, die Rheinprovinz und Provinz Sachsen mit je 11 % gewerblicher Arbeitnehmer, die Lohn und Brot bei den Ausstellern der Leipziger Messe finden.

Diese gewaltige Manifestation deutschen und ausländischen Gewerbetreibenden ist nicht künstlich gepflanzt, sondern im Laufe der Jahrhunderte aus sich selbst heraus gewachsen. Darum ist sie fest verankert in dem deutschen und internationalen kommerziellen Verkehr.

Dauernd verfeinern sich die Bedürfnisse der Aussteller, ihre Ware den Kunden vorteilhaft zu zeigen, woran auch unser Gewerbe in nicht geringem Maße beteiligt ist. Dauernd müssen neue Ausstellungsräume geschaffen werden, weil die früheren veralten. So ist diese große Messe in einem ständigen Erneuerungs- und Verjüngungsprozess begriffen. In der Technischen Messe wurden diesmal die neue Baumeessehalle und in der Stadt der neue Petershof eröffnet, ein moderner Messepalast für Spielwaren, Kunstgewerbe und Musikinstrumente.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Leipziger Messe liegt im Export. Wie eng verflochten die Leipziger Messe mit der deutschen Exportwirtschaft ist, ergibt sich aus folgenden bemerkenswerten Feststellungen: Die Zahl der Auslandsbesucher entwickelt sich parallel zum Werte der deutschen Fertigwarenausfuhr, und zwar gleichmäßig, ob die Ausfuhr steigt oder fällt. 1922, 1923, 1924 fiel die deutsche Ausfuhr, gleichzeitig ging auch die Zahl unserer Auslandsbesucher zurück. Seit 1926 gehen beide Kurven gleichmäßig wieder ziemlich steil nach oben.

Der Anteil der Besucher aus einem einzelnen Lande an der Gesamtbesucherszahl aus dem Auslande ist naturgemäß nicht nur abhängig von dem Anteil unseres Gesamtexports, den das betreffende Land ausnimmt, sondern auch von seiner räumlichen Nähe; denn es ist selbstverständlich, daß aus den benachbarten Ländern nicht nur die großen Importeure, sondern auch die größeren und mittleren Detailhändler nach Leipzig kommen, um sich hier einzudecken. Dagegen läßt es sich zahlenmäßig feststellen, daß die Aus-

landsbesucher einer bestimmten Branche aus einem Lande ungefähr den Anteil dieser Branche an der deutschen Fertigwarenausfuhr nach dem betreffenden Lande entsprechen. Darin zeigt sich die Größe ihres Anteils an der deutschen Export- und ihre Verflochtenheit mit der Ausfuhr. Die deutsche Fertigwarenindustrie ist bei direktem Export auf die Leipziger Messe ebenso angewiesen, wie der Hamburger Exporthandel.

Messe und Exporthandel haben die gemeinsame Aufgabe, die deutsche Ausfuhr zu fördern und ihr neue Wege zu erschließen. Das Leipziger Messeamt hat die ganze kultivierte Welt mit einem Netz von eigenen Geschäftsstellen und ehrenamtlichen Vertretern überzogen. Zur Zeit sind es außerhalb Deutschlands 11 Geschäftsstellen und 190 ehrenamtliche Vertreter. Diese Organisation besteht aus Kaufleuten, die mit der deutschen Wirtschaft geschäftlich in engen Beziehungen stehen, und arbeitet ausschließlich für die deutsche Exportförderung. Insbesondere ist es ihre Aufgabe, für die deutsche Ware Propaganda im Auslande zu machen, ein Gebiet, auf dem Deutschland von seinen Konkurrenzländern noch ungeheuer viel zu lernen hat.

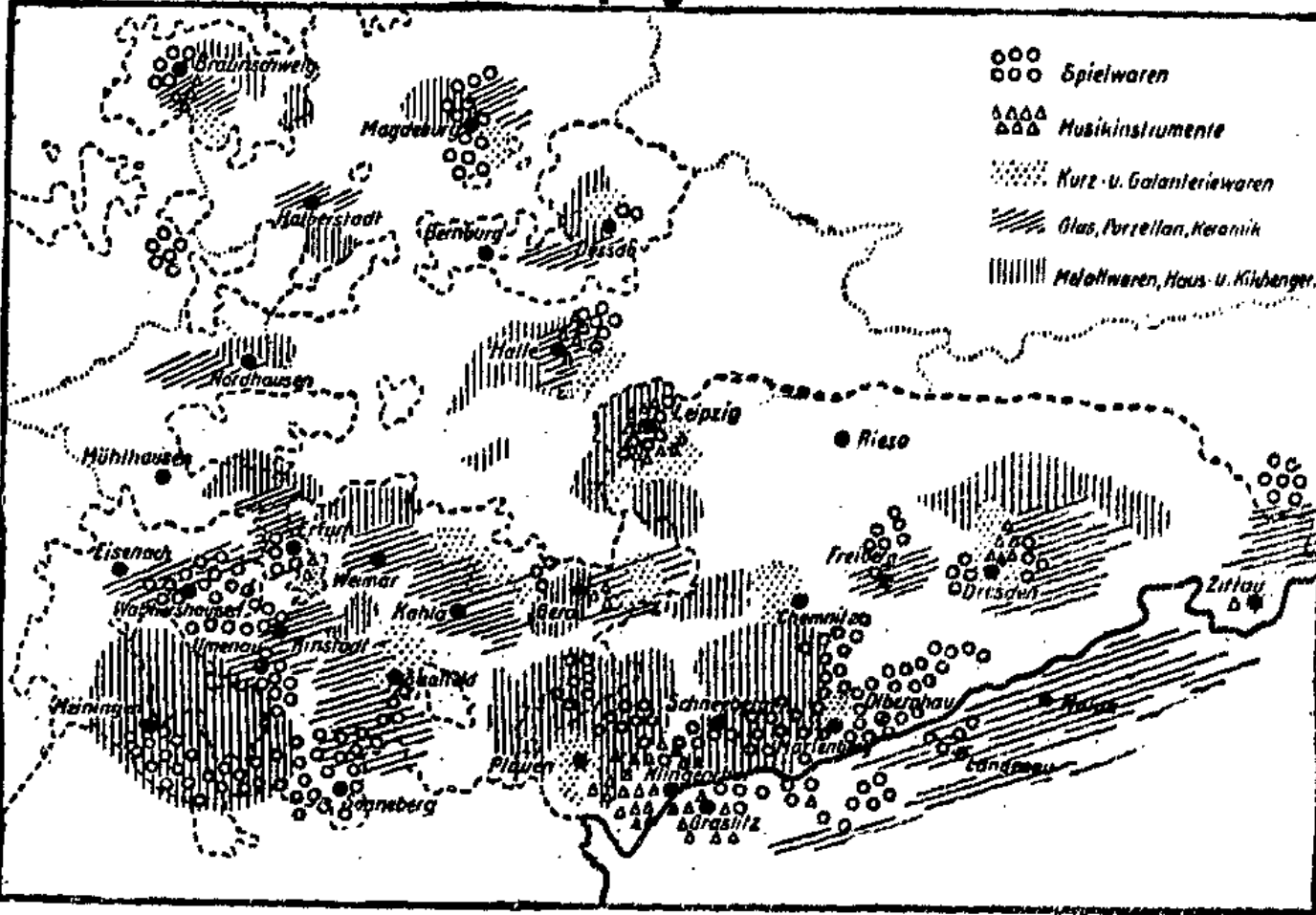
Bei der Eröffnung der Frühjahrsmesse konnte der Arbeitsminister Wissell als Vertreter der Reichsregierung hervorheben, daß er als Arbeitsminister zu einer Zeit, wo die Arbeitslosigkeit seit dem Bestehen des Deutschen Reiches den höchsten Stand

erlangte, ein besonderes Interesse an dem Wohlergehen der Leipziger Messe habe. Wissell führte weiter aus: „Jetzt, wo ein Achtel der deutschen Bevölkerung arbeitslos ist, tritt die auftragsgeschaffende Bedeutung der Leipziger Messe sehr in den Vordergrund. Es liegt in der Natur der Sache, daß in Leipzig vorwiegend die Erzeugnisse der Fertigungsindustrie zur Ausstellung gelangen, deren Produkte einen besonders hohen Prozentsatz der Arbeit enthalten. Textilwaren, Glas- und Keramik, Maschinen, Spielwaren, Haus- und Küchengeräte, Kurzwaren, Möbel, Bücher, Eisenwaren und viele andere Fertigerzeugnisse treten hier in stets neuerer und besserer Gestalt vor das Publikum hin. So ist die Leipziger Messe mehr und mehr zu einer umfassenden und grandiosen Schau der deutschen Arbeit geworden, der deutschen Handarbeit und der deutschen Kopfarbeit, die es verstanden haben, durch immer höhere Leistungen und wechselnde Formen die Kaufkraft des In-

landes und vor allem auch des Auslandes anzuregen.“ Der Minister Wissell zeigte sich besonders erfreut über den starken Aufschwung der Baumeesse, die am besten eine Kardinalfrage seines Ressorts zu lösen vermöge, nämlich die Beschaffung billiger und zweckmäßiger Wohnungen. Wenn auch der Wohnungsbau eine Frage der Kapitalbeschaffung sei, so hänge doch die Höhe des Kapitals sehr viel von einer hochentwickelten Bautechnik ab, die durch sparsame und zweckmäßige Bautechnik sehr wesentlich herabsetzen könne. In diesem Sinne sei besonders die so reichhaltig besetzte und vielseitige Baumeesse zu begrüßen. In dieser Abteilung waren auch Farben- und Lackfabriken, Sprühapparate, neue Dekorationsapparate usw. vertreten.

Es würde zu weit führen, die so äußerst zahlreichen Branchen und deren Geschäftsergebnisse hier besonders anzuführen. Die geschäftlichen Erfolge sind naturgemäß sehr verschieden. Immerhin wird die Leipziger Frühjahrsmesse als Ankurbelung der deutschen Inlandskonjunktur gelten können. Das Geschäft wäre noch wesentlich größer, namentlich soweit das Ausland in Frage kommt, wenn eine Preisermäßigung für die meisten Produkte zu verzeichnen gewesen wäre. Es ist nun einmal so, daß billige Preise für gangbare und in der Qualität gute Industriewaren die beste Anregung zur Kaufkraft sind. Aber eins hat man auf der diesjährigen Messe feststellen können. Die deutsche Industrie bemüht sich, wirklich gute

Die mitteldeutsche Fertigungsindustrie ist der Grundpfeiler der Leipziger Messe



Die Aussteller von Spielwaren, Musikinstrumenten, Kurz- u. Galanteriewaren, Glas, Porzellan, Keramik, Metallwaren, Haus- u. Küchengeräten auf der Leipziger Messe nach ihrer Herkunft.

Qualitätswaren herauszubringen. Und das war es schließlich auch, was zum wesentlichen Gelingen der Geschäftsergebnisse beigetragen hat.

Wie billige Preise für die Geschäftstätigkeit anregend wirken, konnte man auf den tschechoslowakischen, österreichischen und italienischen Ausstellungen deutlich beobachten. Infolge der niedrigen Löhne dieser Länder sind die Industrieprodukte derselben billiger als die in Deutschland erzeugten. Kein Wunder mithin, daß die Aussteller aus diesen Staaten teilweise sehr gute Geschäfte in Leipzig machen konnten. Es ist eine Aufgabe der internationalen Sozialpolitik, dafür zu sorgen, daß die Schmutzkonkurrenz durch die niedrigen Löhne mehr und mehr verschwindet. Die Lohnentwicklung in den Industriestaaten mit höheren Reallohnen wird durch ein solches Dumping in empfindlicher Weise gehemmt.

Zum Schluß unserer Betrachtung über die große Industriemesse in Leipzig wollen wir nicht verabsäumen, des Empfangs lobend zu gedenken, den das Leipziger Messeamt den Vertretern der Gewerkschaftspresse bereitet hat. Durch die dargebotenen Vorträge, Pressearbeiten und Erklärungen war es den Gewerkschaftsredakteuren möglich, ein umfassendes Bild von der Leipziger Messe zu gewinnen. Die ganze Aufmachung einer solchen Riesenschau macht dem Organisationsleiter der leitenden Personen des Messeamtes alle Ehre. Auch die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten haben alle Ursache, einer Veranstaltung wie der Leipziger Messe ihre Sympathie entgegenzubringen. Lehten Endes ist es das Resultat ihrer Arbeit, das den Menschenmassen aus allen Kulturländern in so plastischer Weise gezeigt und durch die Leipziger Messe in alle Welt getragen wird.

407 Wagen 2.998.800 kg
721 Wagen 5.822.280 kg

Frühjahr 1924 Frühjahr 1928

Güterverkehr zur Technischen Messe in Leipzig

Jeder vorwärtstrebende Kollege liest unser „FACHBLATT DER MALER“

Und Du? Bist Du schon Abonnent?

Mode und Kapitalismus.

Von Dr. Otto Ehrlich.

Wenn sich jemand den Spatz macht auf der Straßbahn, in der Eisenbahn, im Wald, beim Spaziergang, im Kino oder im Theater die Zahl der Frauen mit der der Männer zu vergleichen, so wird er zu dem Resultat kommen, daß immer mehr Frauen da sind als Männer.

In Deutschland beträgt der Frauenüberschuß 2 193 735, in Berlin 318 831, in Oesterreich 191 432 und in Wien 117 257. In ganz Deutschland kommen also auf je 14 Männer immer 15 Frauen, in Berlin auf je 6 Männer 7 Frauen, in Oesterreich auf je 13 Männer 14 Frauen und in Wien auf je 6 Männer 7 Frauen. Ziehen wir aber nur Personen im erwerbsfähigen Alter vom vollendeten 14. bis zum 60. Lebensjahr in Betracht, dann ist es in Wien etwas besser, dann kommen auf je 12 Männer 13 Frauen.

Diese dreizehnte Frau ist zweifellos eine unglückliche Frau, denn für sie ist, wenn sie einen Mann nicht mit einer andern Frau teilen will, kein Mann da. Aber keine Frau weiß ja von vornherein, welche die dreizehnte sein wird, daher findet unter ihnen allen ein erbitterter Konkurrenzkampf um den Mann statt, wie es in unserer besten aller Welten vorläufig auch kaum anders sein kann.

Wie kommt nun die Frau an den Mann heran? Zunächst muß sie ihm auffallen, und zwar zuerst durch äußerlichkeiten. Diesem Bedürfnis entsprang und entspringt täglich aufs neue die Mode. Die zwei Tatsachen, daß pro forma in der Liebeswahl meist der Mann der werbende Teil ist, daher auch er durch äußerliche Mittel, die ihm die Mode bietet, auffallen will, und daß andererseits die Damenmode doch nicht erst aus den Zeiten des Frauenüberschusses stammt, beweist nichts gegen die obige Behauptung. Daran läßt sich nicht rütteln, daß die Frau in der Werbung heute aktiver sein muß als früher und daß sie sich dabei immer mehr der Mittel der Mode bedient. Daher die erhöhte Bedeutung der Mode in der Gegenwart auch für die Mädchen und Frauen aus dem Proletariat, die früher vor der Mode viel weniger berührt worden sind.

Damit die Mode aber dienliches Mittel bleibe, muß sie stets wechseln, den weiblichen Körper immer wieder anders erscheinen lassen oder mehr von ihm herzeigen, als man bisher zu sehen gewohnt war. Seitdem die Damenmode die Röcke verkürzt hat und jede Frau ihre Beine fast bis über die Knie sehen läßt, ist es nur natürlich, daß sie ihre Beine gefällig, ja reizvoll bekleiden will. Der Baumwollstrumpf läßt die natürliche Form des Beins nicht so deutlich hervortreten wie der Seidenstrumpf; der echte Seidenstrumpf ist aber zu teuer, und so sind die Frauen aller Länder darin einig, daß sie Kunstseidenstrümpfe tragen, in Buenos Aires ebenso wie in Paris, in Konstantinopel ebenso wie in Wien, Berlin oder Newyork.

Diese Mode der kurzen Röcke ist nun die Ursache des staunenerregenden Aufschwungs der Kunstseidenindustrie: hohe Kursgewinne an allen an den Weltbörsen gehandelten Kunstseidenaktien, hohe, ständig wechselnde Dividenden, dann die rasch fortschreitende Kapitalkonzentration, das heißt die Tatsache, daß wenige Kapitalistengruppen die Kunstseidenproduktion der ganzen Welt beherrschen; dieser starke Zwang zur Zusammenfassung hat sich freilich daraus ergeben, daß die Erzeugung von Kunstseide nur in Großbetrieben rentabel ist.

Auf der Pariser Weltausstellung des Jahres 1889 erregte die Erfindung des Franzosen Chardonnet, aus dem der Schießbaumwolle verwandten Kolodium Seide herzustellen, die größte Aufmerksamkeit, doch erzeugte man 1898 auf der ganzen Welt erst 600 Tonnen Kunstseide, das sind etwa 60 Waggons oder ein überlanger Güterzug; im Jahre 1927 dagegen etwa 188 mal soviel, nämlich 113 000 Tonnen oder 23 Güterzüge.

Es gibt mehrere Arten von Kunstseide; die wichtigste ist die Viskosefaser. Das Rohmaterial für ihre Herstellung ist Holz, ganz gewöhnliches Holz beziehungsweise die daraus gewonnene Zellulose, die ihrerseits wieder als Rohmaterial für die Papierfabrikation bekannt ist. Zur Seidenerzeugung wird die Zellulose verschiedenen chemischen Prozessen unterworfen, wonach sie sich in einen gelblichen, wie Honig dickflüssigen Stoff verwandelt. Diese Masse wird durch feine Löcher gepreßt oder gezogen, wobei sich der Faden bildet, der nach Erffarrung auf Spulen aufgewickelt wird.

Der Fünftel der Weltproduktion wird von nur drei Unternehmungen, einer deutschen, einer englischen und einer italienischen, beherrscht, die obendrein in einem internationalen Kartell vereinigt sind. Die Kunstseidenindustrie mit ihrem abenteuerlichen Aufschwung hat einem abenteuerlichen Finanzkünstler in Brüssel den Boden geschaffen, durch Verunahigung des größten Kartells in der Welt des Kapitalismus ein bißchen im Trüben zu fischen. Als aber sein in der Zeit der belgischen Geldentwertung entstandenes Vermögen durch verfehlte Kunstseidenpekulationen verank, da versank auch der Herr dieses Vermögens, der berühmte Baron Löwenstein, und zwar versank er im wahren Sinne des Wortes, als er, hoch über dem Aermelkanal, die Tür seines Fluggeweges öffnete und sich ins Meer stürzte. Trübe war das Ende dieses Mannes, der es nicht verschmähte, im Trüben zu fischen und nach dem Tode von Fischern aus dem Trüben herausgefischt wurde.

Der Annäherungstrieb der Geschlechter, von dem wir oben gesprochen haben, ist ein Teil des Geschlechtstriebes. Wir haben gesehen, wie der Kapitalismus an ihm, ohne daß wir von Mädchenhandel, Nachlokalen, Champagnererzeugung und dergleichen gesprochen haben, durch den bloßen Zusammenhang mit der Mode profitiert, und wir könnten dasselbe bei den andern menschlichen Trieben, beim Selbsthaltungstrieb usw., beweisen.

Was wir damit sagen wollen? Nun, ist es nicht ersichtlich, daß der Kapitalismus uns vom Schönsten, was es gibt, von der Lebenslust, die wir bei Befriedigung unserer Triebe empfinden, immer ein Stück entreißt? Wird

das immer so bleiben? Werden wir die Welt nicht einmal so einrichten können, daß wir leben werden, ohne den Kapitalisten Tribut zu zahlen, daß es Kapitalisten vielleicht gar nicht mehr geben wird?

„Das Leben ist so, wie wir uns einbilden, daß es ist“, sagt ein holländischer Schriftsteller. „Aus dieser Wahrheit müssen wir aber nicht den sehr betrüblichen Schluß ziehen, daß das Leben nur Schein ist, sondern den unendlich erfreulichen, daß wir die Macht haben, das Leben zu der Wirklichkeit zu machen, die wir uns wünschen.“

Aus unserm Beruf

Schieflische Werbeweche.

Die Schneedecke und das Eis der so harten Wintermonate war kaum durchbrochen, als in Schlessien eine Werbekampagne von der Bezirksleitung einsetzte, um alle berufstätigen Arbeitnehmer des Maler- und Lackiergewerbes aus dem „Winterschlaf zu wecken, unter der Parole:

„Alles heran, wir wollen uns rüsten zum Kampfe um bessere Arbeits- und Lohnbedingungen.“

Zahlreiche Versammlungen wurden veranstaltet, in allen Orten Schlessiens. Viele Kollegen wurden erfasst, die noch absichts stehen, die aber interessiert den Darlegungen des Referenten folgten. Viele gaben das Versprechen, wieder an der Pforte des Verbandes anzuklopfen, um ihren Eintritt zu vollziehen, wenn die Frühjahrsmonate ihnen wieder Arbeit bringen werden. Den Höhepunkt des Werbefeldzuges stellte die „Öffentliche Versammlung“ dar, die am 25. März in Breslau stattfand. Der große Saal der „Wratislawia“ war wohlgefüllt, als der Versammlungsleiter dem Bezirksleiter, Kollegen Jaeschmann, das Wort zu seinem Vortrage erteilte über das Thema:

„Die Sonderstellung der schlessischen Arbeitgeber im Malergewerbe bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse“, über das Kollege Jaeschmann eine Fülle von Material brachte und die schlessischen Verhältnisse eingehend durchleuchtete.

„Im Jahre 1920 sonderten sich die schlessischen Arbeitgeber von dem Reichsbund des Malergewerbes ab, mit der Begründung, der Reichsbund sei in der Lohnbewilligung zu weitberzig und berücksichtige zu wenig die „Not des schlessischen Handwerkers“, das nur einen Tarifvertrag gebrauchen könne, der den Achtstundentag nicht zur Bestimmung habe und auch in der Lohnfrage weitgehendste Zugeständnisse für die Arbeitgeber enthalten müsse.“

Auf das lebhaftest Drängen der Organisation gelang es im Januar 1921, den „Schlessischen Landestarif“ zu schaffen, der dem Reichstarif nicht viel nachgab und in der Arbeitszeit den Achtstundentag festhielt.

1923 mußten die schlessischen Arbeitgeber auch die Ferien bewilligen, die für manchen „ehrbaren Malermeister“ das reinste Brechmittel waren.

Nach der Inflation konnten nach großen Anstrengungen, die wiederholt zu kurzen Arbeitsniederlegungen führten, Lohn- und Arbeitsbedingungen erzwungen werden, die den schlessischen Kollegen eine Existenz sicherten. Wieviel Ärger und unterdrückten Jorns die Kollegen der Verhandlungskommissionen in sich hineinfressen mußten, um den Kollegen den Erfolg präsentieren zu können, kann nur der ermessen, der unsere Arbeitgeber kennt und die Verhandlungen mitmachte.

Bei allen Tarifverhandlungen mußten vom Schlichtungsausschuß und Schlichter Zwangsverträge geschlossen werden, da die Spitze des „Schlessischen Malerbundes“, hauptsächlich der Vorsitzende, jede Verantwortung ablehnte.

Bei dem letzten Lohnabkommen im April 1928 verließ der Vorsitzende sogar fluchtartig das Verhandlungslokal und überließ seinen Kollegen beziehungsweise dem Unparteilichen die Verantwortung. Im „Schlessischen Malerbund“ erschien dann ein Artikel, der die Unschuld des Bundespräsidenten an der Lohnerböhung deutlich erkennen ließ. Es hieß dort: „Zum letzten Lohnabkommen.“ Wir haben bei den Lohnverhandlungen mit allen Mitteln zum Ausdruck gebracht, daß diese Lohnerböhung eine kolossale Belastung unseres Gewerbes darstellt und untragbar sei. Der Unparteiliche fällt trotzdem den Schiedsrichter. (Mit den Stimmen der Arbeitgeber und unserer Kollegen. Der Verfasser.) Es wird uns deshalb, (weil die Verbindlichkeitserklärung gefordert wird) nichts anderes übrig bleiben, als dem Schiedsrichter zuzustimmen. Bei der Lohnpolitik der gegenwärtigen Regierung werden wir Verständnis nicht finden.“

Das ist ein unkonsequentes Spiel; die Arbeitgeber beifügen des freiwilligen Schiedsgerichts stimmen mit den Arbeitnehmern dem Vorschlag des Unparteilichen zu und der Bundespräsident schiebt alle Schuld auf den Unparteilichen und auf die Regierung. Hier liegt allerdings ein Stück Tragik zugrunde, wenn man bedenkt, daß die damalige Regierung Marx-Neudell hieß, die ja die Schutzherrn des Handwerks darstellten.

Der „Schlessische Malerbund“ leistete sich in den letzten Jahren überhaupt manches Stückchen; hier kommt ein gewisser Grad Scharfmachergeist zum Ausdruck. Hauptsächlich zieht man gegen das Schlichtungswesen los und nimmt bei allen Lohnfragen die besondere Notlage des Grenzlandes Schlessien als Vorwand für Lohndrückereien. Als ob nicht Ostpreußen noch schlimmer dran wäre, trotzdem die Tariffreundlichkeit der dortigen Arbeitgeber ganz andere Provinzlohne gestaltete als in Schlessien.

Gegen den „Materialismus“ der Gehilfen zieht man scharf zu Felde. Ein Artikel sagte den Arbeitgebern, die dieses „Bundesorgan“ lesen, zu was man die Lohnerböhung gebrauche; im Zeichen der „Bemergeide“ und der

Langotanzlokale und Bars“ müsse das ehrbare Handwerk die Mittel dazu bewilligen. Wir wissen, daß diese Behauptung, die Malergehilfen müßten ihre Frauen in Seidenhüllen und in Bars und Tanzlokale führen eine ablehnende Sinnesäußerung des Verfassers ist, die selbst viele unabhängige Arbeitgeber von sich weisen. So ist aber der Geist, den das Organ vertritt.

Die Arbeitszeitregelung ist der Nagel zum Sarge des Handwerks“, so schrieb man vor kurzem, wir wissen, daß manches andere schuld ist, daß die Verhältnisse des Malergewerbes sich ungünstig gestaltet haben. Wir sind bereit, gemeinsam mit den Arbeitgebern eine zielklare Berufspolitik zu treiben, im Sinne der „Richtlinien“, die ja von den schlessischen Arbeitgebern auch anerkannt sind. Wir wollen die Hand bieten zur Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz, wir wollen eine Förderung des gewerblichen Nachwuchses unter Einbeziehung einer planmäßigen Lehrlingshaltungspolitik, wir wollen gemeinsam werben, um Arbeitsmöglichkeit zu schaffen, wir wollen als Gehilfenschaft hilfsbereit mitwirken in der Förderung des Gewerbes.

Die schlessischen Arbeitgeber müssen aber auch in ihrer Führung darüber klar sein, daß dazu in allererster Linie eine offene Tarifstrenge herrschen muß, daß ungeklärte Politik nicht die Mitarbeit der Gehilfen fördern kann.

Herr Hansen, Hamburg, der Führer der nordwestlichen Arbeitgebergruppe hat jüngst gesagt: „Sittliche Pflicht im heutigen Wirtschaftsleben ist die volle Anerkennung der Arbeitnehmerorganisationen und die Mitarbeit bei der Verbesserung der bestehenden Tarifverträge.“

Unsere schlessischen Kollegen wünschten, daß dieses ehrliche Bekenntnis einmal schallend von dem Herrn Hansen in Breslau verkündet würde. Wir werden nächstens verhandeln über Tarif und dann auch über Lohn; wir wünschen nicht Lösung der Situation durch Schlichtungsausschuß und Schlichter, sondern freie Vereinbarung. Wir sehnen keinen Kampf herbei, sind uns aber auch klar darüber, daß eine Schlechterstellung der schlessischen Kollegen unbedingt beseitigt werden muß.

Einigkeit und Geschlossenheit, eifrige Werben für die feste, große Berufsorganisation, den Verband der Maler, Lackierer usw. werden uns auch in Schlessien zum Ziel führen.“

Reicher Beifall zeigte, daß Kollege Jaeschmann alles aus dem Herzen gesprochen hatte. Nach kurzer Debatte die besondere Einzelheiten hervorhob, konnte vom Versammlungsleiter die große Kundgebung der Breslauer Kollegen geschlossen werden.

Oberkeim. Am 7. April fand hier unsere gut besuchte Jahresversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung den verstorbenen früheren Bezirksleiter Joseph Zimmermann, Frankfurter und den Hauptkassierer unseres Verbandes, Josef Reich, durch Erheben von den Sitzen. Den Jahresbericht gab Kollege Karla. Die Entwicklung der Filla im vergangenen Jahre war eine überaus günstige, konnte doch der Mitgliederbestand von 12 Ende 1927 auf 58 Ende 1928 gehoben werden (augenblicklich 65). In der Hauptsache war diese Entwicklung außer der Gründung einiger Zahlstellen in erster Linie der Errichtung einer Jugendabteilung zuzuschreiben, die sich auf 35 Mitglieder am Schlusse des Jahres entwickelte. Auch die Kassenentwicklung erfreulich. Unsere Lohnverhältnisse konnten wieder verbessert werden; durch die beantragte und auch erfolgreiche Allgemeinverbindlicherklärung für die ganze Provinz Birkenfeld ist ein großer Mißstand beseitigt worden. Der bisherige Vorstand mit dem Kollegen Karla als Vorsitzenden wurde einstimmig wiedergewählt, dazu Jugendleiter Kollege Kastelmeier. Eine rege Debatte spann sich über den Lohn der Jungkollegen, den zu zahlen die Arbeitgeber weigern. Die Regelung wurde dem Vorstand überwiesen. Zum Schlusse der vom besten getragenen Versammlung forderte der Vorsitzende die Kollegen zur tätigen Mitarbeit auf. Der Schiedsrichter dürfe nicht vor die wichtigsten Wirtschaftspragen gestellt werden. Seien die wirtschaftlichen Verhältnisse schlechter, so höre der Sport von selbst auf. Deshalb ermahnte zu restlosem Zusammenschluß, denn in der Vereinigung liege die Stärke des Einzelnen. Nur eine gefestigte und geschlossene Organisation sei in der Lage, dem Machtwillen der Unternehmungskräfte Widerstand entgegenzusetzen.

Berufsunfälle

Ein tödlich verlaufener Unglücksfall.

Braunschw. Während des ganzen Jahres sind eine Anzahl von Berufskollegen damit beschäftigt, die dem großen ausgefakten Eisenteile der dem Erzschmelzen dienenden Hochöfen der Ilse der Hütte mit Farbe zu versehen. Schon viele Kollegen sind dabei verunglückt, ein Teil tödlich oder schwer an ihrer Gesundheit gelitten worden. Jetzt ereilte unserm jetzt langen Jahren tätigen Kollegen Heinrich Woltersdorf das Geschick. Er war mit noch einem Kollegen an einem der besagten Hochöfen tätig, als die Glocke gezogen wurde, um Erz in die bereitstehenden Pottiche zu füllen. Die entwickelnden äußerst giftigen Gase entströmten dem Ofen, noch ehe die Kollegen sich der Gefahr bewußt wurden, der Kollege Woltersdorf vom Gerüst und war tot. Er lag mit ihm zusammen arbeitende Kollege Pfander ebenfalls von der Kaffung, hatte aber noch nicht in den Gassen eingatmet, so daß er mit dem Schreien und einigen leichteren Verletzungen davon kam. Wir hoffen, daß die Werkleitung die Anfordern

Deine Filialverwaltung legt Dir das „FACHBLATT“ gern zur Ansicht vor!

Säume nicht länger!

die nötigen Vorkehrungen zu treffen, damit die Unfälle an diesen äußerst hohen Apparaten endlich einmal aufhören. An unsern Kollegen liegt es ferner, streng darauf zu achten, daß die Vorschriften, die erlassen sind, durchgeführt werden. Bei solch gefährbringenden Arbeiten muß unbedingt verlangt werden, daß eine die Aufsicht führende Person die Kollegen auf etwa drohende Gefahren aufmerksam macht. Der Tod des Kollegen W. sollte allen Kollegen ein Anlaß sein, mehr als bisher mit ihrem Leben und ihrer Gesundheit hausälterisch umzugehen, ist doch unser höchstes Gut die ungebrogene Arbeitskraft.

Samburg. Am 30. März erlitt der Kollege Oberdörfer dadurch einen Unfall, daß die Untergeleiter, worauf er arbeitete, abrutschte. Wegen Hand- und Fußverletzungen mußte sich der Verunglückte in ärztliche Behandlung begeben.

Die Unfallziffern steigen.

Das Reichsversicherungsamt veröffentlicht in der Nummer 9 des „Reichsarbeitsblattes“ seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1928. Danach hat sich die Zahl der gemeldeten Unfälle von 1 319 594 im Jahre 1927 auf 1 428 986 im verfloffenen Jahre erhöht. Die Steigerung beträgt also $108 392 = 8,2 \%$.

Weißt bedenklicher ist jedoch die Zunahme der im Jahre 1928 erstmalig entzündigten — also der schweren Unfälle. Diese sind von 136 273 auf 157 593 gestiegen. Hier ist eine Zunahme von $21 320 = 15,6 \%$ erfolgt. Um den tatsächlichen Grad der Unfallhäufigkeit festzustellen, ist jedoch notwendig, die Unfallziffer auf 1000 Versicherte zu berechnen, erst dann können Vergleiche mit den Vorjahren angestellt werden. Das Reichsversicherungsamt ist aber zur Zeit selbst noch nicht im Besitze der dafür erforderlichen Unterlagen.

Auf 1000 Versicherte entfielen

bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften	
1926	1927
75,98	86,18
6,04	5,28
bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften	
1926	1927
12,71	15,6
4,27	4,85

Im Hinblick auf die wenig günstige Arbeitsmarktlage des verfloffenen Jahres wird die Zahl der bei den Berufsgenossenschaften Versicherten, die 1927 rund 22,5 Millionen betrug, im Jahre 1928 kaum höher gewesen sein. Legt man die Zahl der Versicherten aus dem Jahre 1927 zugrunde, so ist eine erhebliche Steigerung der Unfallziffer für das Jahr 1928 anzunehmen. Der kleine Rückgang der entzündigten Unfälle, der sich 1927 bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften bemerkbar machte, ist leider nicht von Dauer gewesen. Die endgültigen Zahlen über die Unfälle des Jahres 1928 dürften erst im Mai dieses Jahres zu erwarten sein.

Gewerkschaftliches

Der gesundheitliche Zustand der Jugendlichen.

Der Leiter des Berufsamts Essen schildert in der Zeitschrift „Ruhr und Rhein“, Nr. 14, die Wirkungen der Geburtenbeschränkung auf den Arbeitsmarkt. In diesem Zusammenhang kommt der Verfasser auch auf den Gesundheitszustand der Jugendlichen zu sprechen. Er hebt hervor, daß ein Teil der zur Entlassung kommenden Schüler und Schülerinnen bisher infolge geistiger und körperlicher Ungeeignetheit für die qualifizierten Lehrstellen ausschied. Dann heißt es weiter: „Die Zahl dieser unfähigen Jugendlichen wird sich für die nächsten Jahre ganz bedeutend steigern, weil die Großstadtkinder durch den Krieg und die Inflation körperlich und geistig geschädigt worden sind. Auf Grund dieser Unterentwicklung ist eine sofortige Ueberführung dieser Jugendlichen in gelernte Berufe nicht ratsam. Es werden deshalb geeignete Maßnahmen zwischen dem Berufsamt und der allgemeinen Berufsschule dringend notwendig sein, um diese Scharen von zurückgebliebenen Jugendlichen einmal „erzusehnen“ zu machen.“ — Die Gesundheitschäden des Krieges und der Inflation sind also von den Jugendlichen heute noch nicht überwunden. Gerade sie sind dazu verurteilt, die Nachwirkungen einer schrecklichen Zeit durch ihr Leben zu schleppen. Grund genug, ihnen helfend beizustehen.

Zur Frage der Erwerbsarbeit verheirateter Frauen teilt der Bundesvorstand der letzten Tagung des Bundesrates ein Entschließen vorgelegt, die von Gertrud Hanna (Frauenssekretariat beim Bundesvorstand) geäußert wurde: Der Anlaß zum Kampf gegen die verheiratete Frau ist wiederum die Arbeitslosigkeit. Es wird versucht, Arbeitsplätze frei zu machen zugunsten der, die unbedingt auf Arbeitsverdienst angewiesen sind. Hier wird oftmals die verheiratete Frau entlassen. Es ist aber ungerade, eine derartige Regelung zur Regel zu machen. Man darf bei dem Versuch, der Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken, nicht nur eine Beschränkung der Zahl beschäftigter verheirateter Frauen vornehmen. Sie sind auch auf Arbeit angewiesen. Sie arbeiten aus Not. Es keineswegs so, daß die Mehrzahl der verheirateten Frauen unter allen Umständen Erwerbsarbeit leisten will. Gegenüber, gegen ihren Willen wird ihre Zahl immer mehr. Die Frage ist natürlich, ob der heutige sehr hohe Beschäftigungsgrad unter normalen Verhältnissen gleich bleiben wird. Ein großer Teil der Frauen wird allerdings in der Erwerbsarbeit bleiben. Aus dem Drang nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit, aus gesteigerten Lebensansprüchen, aber vorwiegend eben doch aus wirt-

schafflicher Not. Ein Verbot der Arbeit verheirateter Frauen in der Industrie würde die Frauen in die Heimarbeit drängen. Im übrigen kann die Wirtschaft die Frauen nicht entbehren. 3,7 Millionen verheiratete Frauen sind erwerbstätig. Es müßten daher, wenn ein Verbot zur Durchführung gelangt, so viele Ausnahmen zugelassen werden, daß die Regelung unübersichtlich werden würde.

Die Gewerkschaften selbst würden durch ein Verbot bei ihrer Arbeit in besondere Schwierigkeiten geraten. Die Verbandsvorstände müssen sich einmal mit dieser wichtigen Frage befassen und für eine sachliche Argumentation auch der untergeordneten Stellen eintreten. Unsere Stellung ist grundsätzlich in unsern Satzungen gegeben. Die Gewerkschaften wenden sich an alle Frauen ohne Unterschied, an die unverheirateten wie an die verheirateten. Auch die Sozialdemokratie hat sich in ihrem Programm im gleichen Sinne entschieden. Unsere Stellungnahme für normale Zeiten ist also festgelegt.

Die ohne Debatte angenommene Entschließen hat folgenden Wortlaut:

Erwerbsarbeit der verheirateten Frau. Es entspricht gewerkschaftlicher Praxis, in Zeiten großer Arbeitslosigkeit zu versuchen, die Arbeitsmöglichkeiten nach Möglichkeit zu strecken. Aus diesem Grunde haben die Gewerkschaften sich bemüht, durch Verzicht ihrer Mitglieder auf eine Anzahl Arbeitsstunden zugunsten arbeitsloser Kollegen zu wirken und durch das Verlangen nach geistlicher Beschränkung des Arbeitstages über das normale Maß hinaus größere Arbeitslosigkeit durch Betriebsstilllegungen zu verhindern.

Dieser grundsätzlichen und praktischen Befähigung entspricht auch die Haltung der Gewerkschaften zu den sogenannten Doppelverdienern und zu den Arbeitnehmern, die nicht unbedingt Not leiden, wenn sie kein eigenes Einkommen aus Erwerbsarbeit haben.

Der Vorstand des ADGB vertritt daher den Standpunkt, daß es in Zeiten großer und langandauernder Arbeitslosigkeit sich nicht umgehen läßt, das nach der Verfassung jedermann gewährleistete Recht auf Arbeit insofern einzuschränken, daß Arbeitsplätze, die von Personen besetzt sind, die nicht unbedingt auf eigenen Arbeitsverdienst angewiesen sind, frei gemacht werden für solche Arbeitslose, die Erwerbsarbeit zur Deckung ihres Lebensunterhaltes brauchen.

Bei der Anwendung dieses Grundsatzes ist so zu verfahren, daß unbillige Härten vermieden werden. Es entspricht nicht der Auffassung des Vorstandes des ADGB, wenn in erster Linie — oder gar ausschließlich — verheiratete Frauen von den Arbeitsplätzen entfernt werden. Ein solches Vorgehen würde gegen Gesetz und Recht verstoßen und nicht dem beabsichtigten Zwecke dienen.

Die verheirateten Frauen haben, wie jeder andere Staatsbürger, nach der Verfassung und nach dem in der Arbeiterbewegung geltenden Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau ein Recht auf Arbeit. Dieses grundsätzliche Recht darf besonders von den Mitgliedern der Gewerkschaften nicht angetastet werden. Machen außerordentliche Notlagen außerordentliche Mittel zur Abwehr notwendig, so müssen diese sich im Rahmen gleicher grundsätzlicher Anwendung für beide Geschlechter halten.

Der neue Reichstarifvertrag für das Baugewerbe angenommen.

Der Entwurf eines neuen Reichsmanteltarifes für das Baugewerbe ist nunmehr von beiden Parteien angenommen worden. Der Zentralverband der Zimmerer hatte die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des Entwurfes einem außerordentlichen Verbandstag übertragen, der am 29. März in Magdeburg tagte und mit 139 gegen 58 Stimmen dem Entwurf zustimmte.

Im Baugewerksbund lag die Entscheidung bei den Bezirkskonferenzen, die für das gesamte Reichsgebiet am 24. März stattfanden. Die Bezirkskonferenzen des Baugewerksbundes haben sich gleichfalls für die Annahme des Vertragsentwurfes ausgesprochen.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe hat jetzt ebenfalls dem Entwurf zugestimmt. Der Tarifvertrag, der nicht mehr „Reichstarifvertrag für das Baugewerbe“, sondern „Reichstarifvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten“ heißt, läuft bis zum 31. März 1931.

Die Folgen der Zerspaltung haben die Arbeiter zu tragen.

Im Vorjahre stellten im Arbeiterrat bei der Firma Krupp in Essen die freien Gewerkschaften 18, die christlichen Gewerkschaften 10 und die „Wirtschaftsfriedlichen“ 2 Vertreter. Dank der kommunistischen Zerspaltungskastik brachte die diesjährige Wahl den freien Gewerkschaften 12 Mandate, den christlichen Gewerkschaften 11 Mandate, den Wirtschaftsfriedlichen 2 Mandate und den Kommunisten und Unorganisierten 5 Mandate. Es gingen also 5 Sitze an den kommunistisch-unorganisierten Mischmasch verloren, während ein weiterer Sitz an die christlichen Gewerkschaften überging. Das ist der „Sieg der Opposition“.

Jeder ehrliche Gewerkschafter muß diesen Ausgang als einen Skandal betrachten. Wie bei Krupp dürfte das Ergebnis auch in manchem andern Betrieb ausfallen. Und was ist nun der wirkliche Erfolg? Die neugewählten „roten“ Betriebsvertreter werden zu beweisen haben, daß sie mehr können als die alten, reformistischen Betriebsräte. Es wird ihnen kaum gelingen, weil ihnen jeder gewerkschaftliche Rückhalt und auch jede tiefere Kenntnis fehlt. Die Auslegung der Arbeitsordnung wird ihnen vielleicht noch gelingen. Sobald sie aber die Durchführung der Lohnordnungen, der Tarifverträge, Arbeitszeitabkommen usw. zu verteidigen, zu überwachen haben, fallen sie unfehlbar herein. Denn heute können die Verträge nicht mehr nach ihrem nacktem Wortlaut angewandt werden. Wenn schon Severing den Parteien in der Nord-

westgruppe empfiehlt, ihre Verträge zu vereinfachen, weil so nicht mehr hindurchzufinden sei, dann möchten wir den „revolutionsären“ Betriebsrat sehen, der sich darin auskennt. Wie sollen die Arbeitszeitfragen im Betriebe geregelt werden, wo neben den tariflichen Bestimmungen oftmals die Vorschriften der Arbeitszeitverordnung gelten? Wie soll die Durchführung eines Rahmentarifvertrages überwacht werden, wenn in vielen Fällen nachträglich durch Entscheidungen des Tarifausschusses, der Arbeitsgerichte oder Schlichtungsausschüsse den einzelnen Vertragsbestimmungen eine ganz andere Auslegung gegeben wird, als aus dem eigentlichen Vertrag ersichtlich ist? Wenn darum hinfert die Arbeiterschaft in vielen Fällen Nachschüsse zu erleiden hat, dann müssen wir heute schon in aller Öffentlichkeit darauf hinweisen, daß sich die Arbeiter bei sich selbst zuschreiben haben, die dumm genug waren, solchen Maulhelden ihre Stimmen zu geben. Wie sagt doch das alte Sprichwort: „Nur die allergrößten Kälber wählen sich ihre Meßer selber!“

Genossenschaftliches

Die Volksfürsorge im ersten Quartal 1929.

56 501 Versicherungsanträge in einem Monat.

Jahrelange Aufbau- und Organisationsarbeit wirkt sich aus. Die Volksfürsorge, das Versicherungsunternehmen der freien Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften, hat jetzt einen Neuzugang, der auch die höchsten Erwartungen bei Gründung des Unternehmens weit übertrifft. Im ersten Quartal des Jahres 1929 kamen 153 493 Anträge zur Volks- und Lebensversicherung herein, im Monat März allein 56 501. Das Märzergebnis ist das höchste, das die Volksfürsorge bisher erzielte.

Das erste Quartal schloß mit einem Gesamtbestand von rund 1 610 000 Versicherungen mit 650 Millionen Mark Versicherungssumme ab.

An Versicherungsleistungen wurden in diesen drei Monaten 640 000 Mark ausbezahlt, davon im März 225 000 Mark.

Das Vermögen der Volksfürsorge beträgt gegenwärtig etwa 60 Millionen Mark und ist größtenteils in mündelsicheren Hypotheken zur Förderung des Kleinwohnungsbaues angelegt.

Sozialpolitisches

Bautätigkeit und Einzelhandel.

Das Jahr 1929 scheint ein Hochkonjunkturjahr für das Baugewerbe zu werden. Wenn das Baugewerbe sich im Hochschwung befindet und zahlreiche Wohnungen erstellt werden, dann wirkt sich dies nicht nur auf die unmittelbaren Nebengewerbe, sondern auch auf andere Industriezweige aus. In Betracht kommt in erster Linie die Möbelerzeugung, ferner die Herstellung von Gardinen, Teppichen und Haushaltswaren insgesamt. Die Einzelhandelsumsätze in den vorgenannten typischen Warengruppen stimmen mit dem Neuzugang an Wohnungen nicht ganz überein. Das Konjunkturinstitut veröffentlicht in seinem Wochenbericht vom 3. April hierzu eine Zusammenstellung:

Wohnungsbau und Einzelhandelsumsätze

	1925	1926	1927	1928
Reinzugang an Wohnungen in 1000	179	206	289	300—310
1925 = 100	100	115	162	170
Einzelhandelsumsätze in Möbeln (1925 = 100)	100	91	122	133
Warenhausumsätze (1925 = 100)				
Gardinen	100	95	106	120
Teppiche	100	98	104	106
Haushaltswaren	100	115	132	148
Umsätze in Hausrat und Möbeln, insgesamt in Milliarden Mark	2,0	2,1	2,3	2,6

Der Umsatz von Haushaltsgegenständen einschließlich Möbeln ist also sehr verschieden gewesen. Im ganzen dürfte er aber den Reinzugang an Wohnungen nicht erreicht haben. Das läßt darauf schließen, daß viele Wohnungen mit alten Möbeln ausgestattet wurden und Haushaltsgegenstände nicht in dem Maße beschafft werden konnten. Die Bezahler von neuen Wohnungen waren vielfach nicht in der Lage, die nötigen Einrichtungsgegenstände und Haushaltsartikel zu kaufen, oder sie mußten sich mit billigen Ausstattungsstücken begnügen.

Die Umsätze im Handwerk.

Das Institut für Konjunkturforschung führt zusammen mit dem Reichsverband des deutschen Handwerks Erhebungen über die Lage des Handwerks durch. Berechnungen über den Umsatz in einzelnen Handwerkergruppen ergaben folgendes: Der monatliche Umsatz je beschäftigte Person betrug im vierten Quartal 1928: Bäcker 824, Fleischer 2739, Schneider 464, Schuhmacher 341, Maurer 455, Tischler 429, Maler 339, Dachdecker 546. Zugrunde lag die Beschäftigungsziffer sämtlicher in den Handwerksbetrieben Beschäftigten einschließlich der Meister. Daraus geht hervor, daß die wirtschaftliche Lage der Maler am niedrigsten steht unter den genannten Berufen. Ein Zeichen, daß die Einkommensverhältnisse unter dem Durchschnitt stehen.

Aus den Arbeitsgerichten

Haftpflicht des Arbeitgebers für Fahrräder.

Das Landesarbeitsamt Berlin fällt zu der Frage, ob der Arbeitgeber verpflichtet ist, die von seinen Arbeitern mitgebrachten Fahrräder sorgfältig zu bewachen, auch wenn dies über in einem bestehenden Tarifvertrag nichts Besonderes vereinbart ist, eine bedeutungsvolle Entscheidung. Das Gericht bejahte die Frage. In der Urteilsbegründung heißt es:

Der Beklagte ist bekannt, daß ein großer Teil ihrer Arbeitnehmerschaft Fahrräder benutzt und zweckmäßigerweise zu benutzen hat, um sich die arbeitsfreie Zeit nicht erheblich zu verkürzen. Die Beklagte muß deshalb nach den Grundsätzen von Treu und Glauben auch für verpflichtet erachtet werden, nach Möglichkeit für eine sichere Aufbewahrung der Fahrräder zu sorgen und einen dazu geeigneten Raum zur Verfügung zu stellen. Das folgt aus ihren Pflichten aus dem Arbeitsvertrage. Die Berufungskammer ist hinsichtlich solcher Verpflichtung aus dem Arbeitsvertrage, für die Sicherung der untergestellten Fahrräder Sorge zu tragen, der gleichen Auffassung, wie das Landesarbeitsgericht Hannover in seinem Urteil vom 10. Juli 1928.

Von dieser, aus dem Arbeitsvertrage entspringenden Verpflichtung konnte sich die Beklagte auch nicht durch ausdrückliche vorherige Ablehnung einer Gewährübernahme für die Aufbewahrung von Fahrrädern mittels eines Anschlages befreien. Denn die Arbeitnehmer sind gezwungen, sich mit den von der Beklagten getroffenen Einrichtungen für Aufbewahrung von Gegenständen abzufinden und haben keine Möglichkeit ihrerseits, die Beklagte zur Vereinstellung von andern geeigneten Gelegenheiten zu zwingen. Es ist ihnen auch nicht möglich, sich selbst um die Sicherheit ihrer Fahrräder zu kümmern, weil sie bei der Arbeit beschäftigt sind, während ihre Fahrräder für sie sehr wertvolle Gegenstände bedeuten. Wenn unter Berücksichtigung dieser Umstände die Beklagte durch Schilder ihre Haftung ablehnt, so verstößt das gegen die guten Sitten gemäß § 138 BGB. und ist daher wirkungslos.

Aus der Bestimmung in dem maßgeblichen Tarifvertrag für das Arbeitsverhältnis zwischen den Parteien, daß der Arbeitgeber verpflichtet ist, verschleißbare Räume zur Aufbewahrung der Garderobe zur Verfügung zu stellen, und aus dem Umstand, daß bezüglich der mitgebrachten Fahrräder nichts im Vertrage erwähnt ist, läßt sich nicht etwa nach Lage der Verhältnisse die Schlussfolgerung ziehen, daß den Arbeitgeber keine Sicherungspflicht bezüglich der Fahrräder treffen soll.

Der Umfang der Verpflichtung der Beklagten, für die sichere Aufbewahrung der Fahrräder zu sorgen, bestimmt sich nach Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte, das heißt, der Raum muß, abgesehen von dem Schutze gegen Witterungseinflüsse, eine Gewähr bieten, daß nicht Unbefugte oder Arbeitskollegen mit Leichtigkeit die untergestellten Fahrräder entwenden können. Hierbei ist in Betracht zu ziehen, daß die Arbeitnehmerschaft, die ihre Fahrräder mit Wissen und Willen der Beklagten in dem von der Beklagten zur Verfügung gestellten Raum unterbringt, wie erwähnt, während der Arbeitszeit überhaupt nicht in der Lage ist, irgendwelche Kontrolle über die Fahrräder auszuüben. Die Art der Sicherung im einzelnen ist dem Arbeitgeber in solchem Falle zu überlassen, die Unterbringung muß aber jedenfalls einigermaßen sicher sein.

Gewerbe- und soziale Hygiene

Hygienische Disziplin.

Während man in Eisenbahnwagen, elektrischen Bahnen, öffentlichen Gebäuden und dergleichen einen wesentlichen hygienischen Fortschritt darin erblicken kann, daß nicht mehr soviel wie früher auf den Boden gespuckt wird, wird in Versammlungsräumen, Fabrikräumen, Werkstätten, Bauen usw. das so wichtige Gebot des Nichtauspuckens noch nicht genügend beachtet. Am bedenklichsten ist aber das Verstreuen von gesundheits-schädlichen Keimen in engen Räumen, und darum sollte auch in den Arbeitsstätten, so verlangt Dr. Oertel im „Zentralblatt für Gewerbehygiene“ mit Recht, hygienische Selbstdisziplin herrschen. Die arbeitenden Menschen müssen sich untereinander zurechtweisen. Dazu ist allerdings erforderlich, daß geeignete Spucknapfe in genügender Zahl vorhanden sind.

Berichtenes

Erholungsheime der Arbeitnehmerschaft!

Die Feriengenossenschaft „Naturfreunde“ e. O. m. b. H., Sig Jena, Marienstraße 4, hat jetzt ihren gut auskündenden, illustrierten Prospekt für die diesjährige Saison herausgebracht.

Die Genossenschaft besitzt zur Zeit 7 Ferien- und 6 Wanderheime: 7 inmitten prächtiger Hochwälder Thüringens, 2 in idyllischer Seidegegend, 1 im märkischen Seengebiet, 1 in den Wäldern des Vogtlands und 1 im Odengebirge, 1 im Leinawalde bei Altenburg in Thüringen.

Die Heime, die nur durch tatkräftige Unterstützung der deutschen freien Arbeitnehmerschaft geschaffen werden konnten, sollen Stätten sein, in denen sich gleichgesinnte Menschen finden, um, losgelöst vom körper- und nervenverbrauchenden Daseinskampfe, kürzere oder längere Zeit auszuwandern in gesunder, reiner Luft in landschaftlich reizvollen Gegenden.

Die Preise sind auch für den wenig Bemittelten als erschwinglich zu bezeichnen. Prospekte stehen auf Anfordern gern zur Verfügung. Anfragen wolle man Rückporto beilegen.

Arbeiterferienreisen für die mitteldeutsche Arbeiterschaft.
Einige Tage Ferien im Jahr haben wohl alle. Nicht mehr von der Gnade des Unternehmers, sondern von den Gewerkschaften erkämpft. Sie müssen erlernt und verteidigt werden. Wenige Tage und nur geringe Mittel stehen dem Arbeiter zur Verfügung. Hinzu kommt der Mangel an Zeit und Unerfahrenheit, um die Ferienreise gut vorzubereiten. Um wirtschaftliche Vorteile zu erlangen, muß auch hier organisiert werden. Die Reiseorganisation muß einsehen.



Leipzig hat seit Jahren eine vorbildliche Reiseorganisation. Sie ist in diesem Jahre auf einer noch breiteren Grundlage ausgebaut. Der Ortsausschuß Leipzig des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist die Zentrale für die Organisation von Arbeiter-Ferienreisen für die mitteldeutsche Arbeiterschaft. Alle Ortsausschüsse stellen sich in den Dienst dieser gut funktionierenden Einrichtung.

- Das Reiseprogramm für 1929:
Zwei Zehnlandereisen (21. 1. 14. Mai bis 3. Juni und 11. 11. Juni bis 1. Juli);
Pfungstfahrt in den Franken- und Böhmerwald (vom 19. bis 21. Mai bzw. bis 26. Mai);
In die österreichischen und bayerischen Alpen (vom 21. bis 29. Juni);
Im Kraftwagen nach dem Harz (vom 1. bis 4. Juli);
Nach Thüringen (vom 7. bis 10. Juli);
Nach Main-Neckar-Rhein (vom 20. bis 28. Juli);
An die Nordsee (vom 3. bis 11. August);
In die Schweiz (vom 17. bis 27. August);
Rhein-Mosel-Fahrt (vom 31. August bis 8. September).

Ferienaufenthalt:
Im Eigenheim Neumühle. — In der Ostsee. — In der Nordsee. — Sächsische Schweiz und Riesengebirge. Alle näheren Angaben enthält der Prospekt. Er ist für 35 P zu beziehen durch die Arbeiter-Ferienreisekasse für die mitteldeutsche Arbeiterschaft. Anschrift: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Leipzig, Kulturabteilung, Leipzig E 1, Volkshaus, Zelter Straße 32.

Fachliteratur

Die Aprilnummer des „Maler-Lehrling“ enthält wichtige Abhandlungen für alle Jungkollegen; ihr Inhalt wird aber auch die älteren Kollegen interessieren. Ein Gedicht von Jürgen Brand, „Lehrlings Klage“, ist vorangestellt. Es folgt ein Artikel „Von den Gesundheitsgefahren im Malergewerbe“, der den Nachwuchs mit den besondern Gefahren des von ihm erwähnten Berufes in gesundheitlicher Hinsicht vertraut macht. Fr. Olienke, Hamburg, bringt „Ein Mahnwort an die, die auslernen“, worin er der Jugend zeigt, daß sie alle Ursache hat, sich fachlich und gewerkschaftlich weiterzubilden. „Vom Werden des Proletariats“ berichtet H. Wüttnier, Lübeck. Der reich illustrierte Artikel über „Die Blockschiff“ wird fortgesetzt. „Ueber das Wandern“ verbreitet sich der Kollege Skupin, Braunschweig, als Antwort auf einen früher im „Maler-Lehrling“ erschienenen Artikel mit der gleichen Ueberschrift. Neben den Berichten aus den Abteilungen sei noch eine kleine Mitteilung, „Gefährdung der Jugend durch Unfälle“, erwähnt. Von dem Feuilletonartikel „Wie Jonny die Gesellprüfung machte“ erscheint der Schluß. Wie immer ist die Zeitschrift durch Altschees belebt.

Technik und Wirtschaft der Gemeinde- und Staatsbetriebe. Das Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin SO. 38. Das Verbandsorgan der Gemeinde- und Staatsarbeiter, „Die Gewerkschaft“, hat bisher in seltenen Blättern auch diese technische Schrift enthalten. Seit Beginn dieses Jahres wird nun „Technik und Wirtschaft“ in einer besonderen Monatsausgabe, reich und vornehm ausgestattet, herausgegeben unter der bewährten Leitung des Kollegen E. Dittmer. Das neue Fachblatt, eine anerkennenswerte Bereicherung unserer Gewerkschaftsliteratur, wird den Mitgliedern des Verbandes eine reiche Quelle fachtechnischer Kenntnisse sein.

Fachblatt für Holzarbeiter. Monatshefte für die fachtechnische und kunstgewerbliche Fortbildung der holzverarbeitenden Berufe. Diese vielseitige, gut geleitete illustrierte Fachzeitschrift erscheint bereits im 24. Jahrgang. Sie ist unentbehrlich für jeden Holzarbeiter, der mit der Zeit fortschreiten will auf dem technischen Gebiet seines Berufes. Das Fachblatt ist von der Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes e. m. b. H., Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, zum Preise von 3 M vierteljährlich zu beziehen.

Das Baugewerk. Fachblatt des Deutschen Baugewerksbundes, Hamburg. Die reich illu-

strierte Monatschrift ist dem Bauarbeiter in allen technischen Fragen des praktischen Berufslebens ein zuverlässiger Berater und Führer. Für die Mitglieder des Bundes beträgt der voranzuzahlende Bezugspreis vierteljährlich 1,50 M .

Literarisches

Die diesjährige Maler-Zeitschrift des Dieck-Verlages enthält folgende beachtliche Beiträge: Otto Weis „Das Fest der Arbeit“, Paul Kampffmeyer „Der kämpfende, sozialistische Mensch und das Maler“, Wilhelm Solmann „Der Sozialismus als Kunst und Kunst der Zeit“, Marie Juchacz „Die Mütter“, und Arthur Frisken „Die kulturelle Mission des Sozialismus“. In der Ausstattung überrascht die Zeitschrift durch eine geschmackvolle Anwendung moderner Photo-Montage. Zwanzig Seiten stark, zum blauen Preise von 25 P , wird sie auch diesmal gern gekauft werden. Mitteilungs-Verstellungen nimmt jede Volksbuchhandlung entgegen.

Der 1. Mai und Malereien (Feste der Arbeiter, Heft 3), 46 S., 1 M . Verlag E. Allenberger, Waldenburg-Mittwasser i. Schl. — Das nächste Heftchen bringt vielseitiges Material über den Weiskellerlag und Malerei, wie Ansprachen, Gedichte, Erzählungen und zwei Ausführungen. Es soll dadurch ermöglicht werden, daß besonders in kleinen Orten würdige Malereien veranstaltet werden können.

Gewerkschaftsarchiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl W. L. u. A. Jena, Märzheft 1929. Verlag Karl Zwiss, Verlagsbuchhandlung, Jena. Vierteljahresabonnement 3,60 M .

Die Welt der modernen Fabrik. Von Christa Schmitt. 200 Seiten mit Diagrammen, Illustrationen und graphischen Darstellungen. Preis in Halbleinen geb. 5,40 M , broschiert 4,50 M . Verlag Karl Zwiss, Verlagsbuchhandlung Jena. Trotz der gewaltigen Bedeutung der Fabrikarbeit für alle Lohnarbeiter und Gehaltsempfänger ist die arbeitswissenschaftliche, betriebswirtschaftliche und werbvolllitische Organisation der Industriearbeit, fast nahezu noch eine Arienwissenschaft des Unternehmertums und seiner Betriebsfachleute. Nur sie kennen die Zusammenhänge der verschiedensten betrieblichen Vorgänge. Das offensichtlich unvollständige und unvollständige Ende bereiten. Dem Bedürfnis nach einem aufrechten umfassenden tiefen Begreifen der neuzeitlichen, mechanisierten Fabrikarbeit und Fabrikorganisation kommt es richtig entgegen. Durch die Vertiefung der Fabrik in Mensch, Maschine und Organisation, durch die Behandlung ihrer Wirtschaftsbemerkungen bringt der Leser in alle bedeutenden Fabrikereignisse vorzüglich klar ein. Besonders wertvoll ist das populär-wissenschaftliche Buch durch soziologische Betrachtungen über die „Fabrikgesellschaft“. Jeder Fabrikarbeiter, jeder Fabrikangestellte, jeder gewerkschaftliche Vertrauensmann sollte das Buch lesen, das der Gewerkschaftsbewegung neue, bisher nicht ausgenutzte Antriebskräfte blendbar machen wird.

Protokoll des 3. Gewerkschaftskongresses des NVA-Bundes. Vom 1. bis 4. Oktober vorigen Jahres fand in Hamburg der 3. Kongress der freigeberkschaftlichen Angestelltenverbände statt, über dessen Verlauf das letzte erdichtene umfangreiche Protokoll einen vollständigen Uebersicht gibt. In kurzer aber prägnanter Form entrollt sich ein Bild deutscher Sozial- und Wirtschaftspolitik, erhebt der Leser den Aufstieg aber auch die Umarmung der deutschen Angestellten und erkennt die heutige Stellung der Angestellten in der Wirtschaft und Gesellschaft. Der Kongress hat die deutsche Arbeiterbewegung in der Arbeiterbewegung der Angestellten in der Wirtschaft und Gesellschaft. Der Kongress hat die deutsche Arbeiterbewegung in der Arbeiterbewegung der Angestellten in der Wirtschaft und Gesellschaft. Der Kongress hat die deutsche Arbeiterbewegung in der Arbeiterbewegung der Angestellten in der Wirtschaft und Gesellschaft.

Frauenwelt. Eine Zeitschrift für sozialistische denkende Frauen. Mit künstlerischen Titeln und Vertretungen. Jedes Heft enthält die sechs- bis zehnteilige Modenschau „Schönheit der Frau“ ein; jedes zweite Heft enthält die Zeitschrift „Kinderland“. Die Zeitschrift ist in zwei Ausgaben zu beziehen: Ausgabe A (ohne Schnittmusterbogen) zum Preise von 20 P , Ausgabe B (mit vollständigem Schnittmusterbogen) zum Preise von 40 P . Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Buchhandlungen entgegen, sowie der Verlag der „Frauenwelt“, F. S. W. Dieck Nachfolger, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

„Die Gemeinwirtschaft.“ Monatschrift für Theorie und Praxis der gesamten Gemeinwirtschaft, ist für jeden an der gemeinwirtschaftlichen Bewegung Interessierten eine außerordentlich wertvolle Zeitschrift. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,40 M . Die Bestellung kann erfolgen bei jeder Volksbuchhandlung, jeder Post und direkt beim Verlag: „Die Gemeinwirtschaft“, Hermsdorf i. Thür. Probenummern umsonst vom Verlag.

Vom 15. April bis 21. April ist die 16. Beitragswoche
Vom 22. April bis 28. April ist die 17. Beitragswoche

Sterbefälle.

Berlin. Am 10. April starb der Kollege Karl Margis geboren am 25. Januar 1901 in Berlin.

Braunschweig. Durch ausströmende Kohlenoxydgase vergiftet, starb der Kollege Heinrich Wolferdort vom Gerüst und erlitt den Tod. Der Kollege starb im Alter von 36 Jahren und war treues Mitglied unseres Verbandes.

Düsseldorf. Am 22. März starb unser Kollege Wilhelm Claus im Alter von 51 Jahren an Lungenentzündung.
Kassel. Am 29. März starb an Gehirnerschütterung, infolge Sturz vom Fahrrad, unser Kollege August Dingel aus Bad Wildungen im Alter von 21 Jahren.

Stuttgart. Am 2. April starb unser langjähriges Mitglied der Kollege Eugen Pfeiffer im Alter von 51 Jahren.
— Am 1. April starb unser langjähriges Mitglied Gottlieb Fischer an Herzschlag.

Chre ihrem Andenken!

Wegen Invalidität meines langjährigen ersten Gehilfen suche ich einen sich für Handwerksbetrieb eignenden, **selbständig arbeitenden Wagenlactierer**

der auch die Spritztechnik beherrscht. Stellung ist dauernd eventuell kann in einigen Jahren das Geschäft übernommen werden. Joh. Steinfadt, Lackiermeister, Rostock i. M.

Fernunterricht über Malerbuchführung, Kalkulation, Vorbereitung auf die Meisterprüfung, Ausbildung zum Geschäftsführer. Ohne Berufsstörung. Franz Wenzel, Raumbosch 6. Leipzig